

# CDU



# Aus Liebe zum Land

# CDU



14. Landesparteitag Heidelberg 19.1.1980

# Wahlplattform Landtagswahl 1980

Konrad-Adenauer-Stiftung



000765850

**Inhalt**  
Bibliothek  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
IBK / IFK / IIS / SFK / PAE / ACD  
Inventar-Nr. 60061406

MF 2211 BAD

60061406-1

<b>Rede des Landesvorsitzenden der CDU Baden-Württemberg Ministerpräsident Lothar Späth</b>	Seite 5
<b>Rede des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Erwin Teufel MdL</b>	17
<b>Die Bilanz</b>	29
Die wirtschaftliche Situation	29
Die bildungspolitische Situation	30
Die soziale Situation	31
Die Situation der Freiheit	32
<b>Die Alternativen</b>	34
CDU oder SPD/FDP	34
Lothar Späth muß Ministerpräsident bleiben	34
Die Verantwortung des Landes im Bundesrat	35
Abrutschen in den Sozialismus	35
Mit der FDP gegen den Sozialismus?	36
Die Grünen als Alternative?	37
<b>Das Programm</b>	38
Wir sichern die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes	38
Wir schaffen eine menschengerechte Umwelt	41
Wir wollen mehr Freiheit und weniger Kollektivismus	44
Unsere Grundüberzeugungen	46
<b>Der Aufruf</b>	48

## Wahlplattform der CDU Baden-Württemberg zur Landtagswahl 1980

Die CDU Baden-Württemberg stellt sich am 16. März 1980 dem Bürger erneut zur Wahl. Zweimal – 1972 und 1976 – haben wir mit deutlicher Mehrheit den Auftrag bekommen, in Baden-Württemberg die alleinige Regierungsverantwortung zu tragen. **Wir streben auch für die Jahre 1980 bis 1984 eine klare Mehrheit in unserem Land an.**

# Rede des Landesvorsitzenden der CDU Baden-Württemberg, Ministerpräsident Lothar Späth

Meine Damen und Herren,  
liebe Parteifreunde!

Mit diesem Parteitag eröffnet die CDU Baden-Württemberg ihren Wahlkampf für die Landtagswahl am 16. März. **Diese Wahl soll ein Bürgerentscheid über die Bilanz von acht Jahren Regierung der CDU in und für Baden-Württemberg sein.** Es wird kein Thema ausgeklammert, keiner kritischen Frage ausgewichen, keine Stellungnahme verweigert. Das Erfinden von **Nebenkriegschauplätzen** überlassen wir anderen.

**Es geht nicht um die Frage, wer Bundeskanzler wird, sondern es geht um die Frage, wer Baden-Württemberg in dieses schwierige Jahrzehnt führen wird:** Wir, die CDU, oder eine diffuse Konstellation von SPD, FDP und Grünen, deren einzige Gemeinsamkeit der Kampf gegen uns und das Streben nach Macht ist und deren voraussehbares Schicksal die Demonstration von Ohnmacht sein wird. Darum sage ich immer wieder: Wir führen den Wahlkampf in erster Linie für uns, indem wir nicht nur die Bilanz unserer Arbeit vorlegen, sondern zugleich die Perspektiven unserer Politik für die achtziger Jahre aufzeigen und konkrete Antworten auf konkrete Fragen geben.

Die Bevölkerung Baden-Württembergs will wissen, was wir zur Sicherung ihrer Zukunft tun. Sie will wissen, was wir tun

- für die **Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen,**
- für die **Sicherung der Energieversorgung,**
- für die **Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen unserer Umwelt,**
- für die **Stabilität der inneren Sicherheit**
- **und für die Gewährleistung eines Lebens in Freiheit und Würde.**

Darauf geben wir eine Antwort – auf diesem Parteitag, mit unserer Wahlplattform und durch die unbeirrte Fortsetzung der Arbeit von Regierung und Fraktion. Zwischen der Garantie landespolitischer Stabilität und einer Reise ins politische, wirtschaftliche und soziale Ungewisse hat der Wähler die Entscheidung zu treffen.

Meine Freunde, wenn ich von dem Vorzug landespolitischer Stabilität spreche, die einzig und allein von der CDU verbürgt wird, so tue ich dies in bewußter Einbeziehung der weltpolitischen Krise, die uns gegenwärtig Anlaß zu tiefster Be-

sorgnis bietet. Wir alle werden von den Ereignissen in Afghanistan und im Iran aufs Unmittelbarste betroffen. Der Kampf ums Öl, der schon begonnen hat, setzt nicht nur die Entspannungspolitik ihrer härtesten Belastungsprobe aus, er stellt auch für die Wirtschaft und damit für unsere entscheidende Existenzgrundlage ein erhebliches Risiko dar. Die Abhängigkeit von Entwicklungen, die außerhalb unseres Einflussesbereiches liegen, läßt eines um so deutlicher zutage treten:

**Noch nie war das Erfordernis einer illusionslosen, weitsichtigen und ebenso behutsamen wie entschlossenen Politik so lebenswichtig wie jetzt!**

Ins Ungewisse hinein zu experimentieren, Denkpausen einzulegen, Formelkompromisse anstelle ehrlicher, klarer Politik zu setzen, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein unverantwortlicher Luxus! – Ein Luxus, der ganz gewiß mit dem Verspielen unserer in dreißig Jahren Aufbauarbeit erworbenen materiellen und immateriellen Güter bezahlt werden müßte. Daß sie dies nicht erkennt, daß sie gegenüber den Realitäten der Gegenwart und den Herausforderungen der Zukunft so unglaublich blind ist, macht die **Eppler-Partei** in diesem Lande zu einem **Risiko**, vor dem sich der Bürger nur mit dem Stimmzettel schützen kann!

Die CDU war in dem zurückliegenden Jahrzehnt die bestimmende politische Kraft in unserem Land. Sie hat in diesen Jahren Beispielhaftes geleistet. Unter ihrer politischen Führung hat Baden-Württemberg **Spitzenstellungen** in der **Umweltpolitik**, in der **Sozialpolitik**, in der **Bildungspolitik** und in vielen anderen Bereichen errungen. Die Früchte unserer Anstrengungen sind allen zugute gekommen: Den Arbeitnehmern, den Familien, den Selbständigen, den jungen Menschen, den Älteren, den Behinderten.

Ich erinnere daran, daß wir traditionell die **geringste Arbeitslosenzahl**, auch bei den Jugendlichen, und die **höchste Einkommensquote** haben. Wir besitzen das differenzierteste **Berufsbildungsangebot**. Wir haben die beste **Lehrer-Schüler-Relation**. Wir stellen die meisten Kindergartenplätze zur Verfügung. Der Ausbau der **Sozialstationen** ist vorbildlich, wir haben hervorragende **Rehabilitationseinrichtungen!**

Auf dem Gebiet der **Familienpolitik** sind wir mit unseren Initiativen des Familiengeldes, der Familiendarlehen, des Modells „Mutter und Kind“ und der Stiftung „Familie in Not“ zum Schrittmacher in der Bundesrepublik geworden.

Wir stellen ohne Überheblichkeit fest: Die Menschen fühlen sich wohl in Baden-Württemberg. Sie vertrauen uns. Wir haben uns dieses Vertrauen erworben, weil wir uns weder an Ideologien gefesselt noch unser Fähnlein in den Wind eines zwischen Euphorie und Pessimismus schwankenden Zeitgeistes gehängt haben. CDU-Politik hieß immer, das Notwendige entschlossen anzupacken und sich dabei am **Leitbild des freien Menschen in einer freien Gesellschaft** zu orientieren. Wir haben dafür gesorgt, daß dieser Staat in seinen Dienstleistungen vorbildlich, in seiner Verwaltung effektiv und transparent und in seiner Haushaltsführung sparsam und grundsolide ist. Aber wir haben zu-

gleich dafür gesorgt, daß der Staat seine Grenzen dort findet, wo die Freiräume des Einzelnen beginnen. Deshalb sind wir immer dann mit Entschiedenheit auf den Plan getreten, wenn in den Bonner Amtsstuben familienfeindliche, freiheitsbeschränkende Gesetzentwürfe, wie die Novellierung zum Jugendhilferecht, ausgebrütet wurden. Wenn zentralistische Tendenzen die Souveränität der Länder zu untergraben drohten, oder wenn mit der Waffe des Steuerrechts eine nivellierende Umverteilung erzwungen werden sollte.

**Wir sind dem entgegengetreten, weil wir den Menschen zutrauen, mit ihrer Freiheit sinnvoll und eigenverantwortlich umzugehen. Das und nichts anderes ist der Kerngedanke der Liberalität!**

Und weil die FDP in den langen Jahren ihrer sozialdemokratischen Begleitmusik – die einen pfeifen, die anderen trommeln, und wenn's mal umgekehrt ist, spricht die FDP von ihrer unentbehrlichen Wächterfunktion –, weil sie diesen Kerngedanken der Liberalität vergessen hat, ist sie in Baden-Württemberg, ihrem einstigen Stammland, gegenwärtig entbehrlich geworden!

Ich weiß, dies ist eine harte Aussage. Aber sie stimmt.

Wenn eine sich liberal nennende Partei liberale Grundpositionen in der Bildungs- und Sozialpolitik aufgibt und dadurch für die CDU, die diese Positionen bewahrt, koalitionsunfähig wird, wenn sie aber gleichzeitig auch nicht an der Seite der Verlierer stehen möchte und deshalb zur SPD auf Distanz geht – dann sitzt sie nicht mehr zwischen den Stühlen, sondern sie liegt bereits am Boden. Da helfen dann auch keine Pünktchen mehr.

Und es gibt keinen besseren Beweis dafür, **daß die liberalen Grundpositionen von der CDU vertreten werden**, als eben den Erfolg unserer Partei. Denn in einem Land wie Baden-Württemberg, dessen ausgeprägte liberale Tradition noch heute das Denken und Handeln der Bürger nachhaltig bestimmt, hätte die CDU nie und nimmer die absolute Mehrheit erringen können, wenn es ihr nicht gelungen wäre, die liberalen Elemente ihrer Politik glaubhaft darzustellen!

Meine Freunde, auf keinem anderen Gebiet zeigt sich die Qualität unserer Politik, die dynamische Verbindung von Erfahrung, Tatkraft und Ideenreichtum, so sehr wie gerade bei der **Sicherung der Zukunftschancen unserer Jugend**.

Die CDU in Baden-Württemberg hat als erste ein geschlossenes Konzept vorgelegt, in dem die Bildungs- und Beschäftigungspolitik nahtlos aufeinander abgestimmt worden sind. Wir haben schon zu einer Zeit, als SPD und FDP entsprechend den verhängnisvollen Zielsetzungen des Bildungsgesamtplans den Anteil der beruflichen Jahrgänge noch von 63 Prozent auf unter 50 Prozent drücken wollten, mit dem systematischen Ausbau eines qualifizierten beruflichen Schulwesens begonnen. Heute ist das Angebot so groß und die Palette der Wahlmöglichkeiten so breit gefächert wie nirgendwo sonst.

Wir haben zu einer Zeit, als SPD und FDP mitten dabei waren, die Schulen zu verwissenschaftlichen, den **Mut zur Erziehung**, den Vorrang des **Pädagogischen** und die Bedeutung des **Musischen** hervorgehoben und in die Tat umgesetzt.

Wir haben zu einer Zeit, als SPD und FDP der **Konfliktpädagogik** das Wort redeten, als in Hessen und nicht nur dort Lehrer eingestellt wurden, die ihre Assessorenarbeit über den Staat als Gefängnis und Repressionsapparat abliefern – da haben wir immer wieder eindringlich hingewiesen:

- auf die **Notwendigkeit des positiven Leitbildes,**
- auf das **unverzichtbare Gut familiärer Geborgenheit,**
- auf den **hohen Rang eines schulischen Vertrauensverhältnisses**
- und auf die **Pflicht zur wahrhaftigen Information über Staat und Gesellschaft.**

Heute fällt jenen, die manchen jungen Menschen in den Konflikt erst hineingeredet haben, nichts anderes ein, als das Ergebnis mit Trauerrand zu kommentieren. Pessimismus und Zynismus paaren sich zur Verantwortungslosigkeit. **Wir werden es aber nicht zulassen, wo immer es in unserer Macht steht, daß mit unseren Kindern weiterhin so umgegangen wird!**

Den Propheten des Pessimismus, den Apologeten der Selbstzerstörung sagen wir in aller Härte den Kampf an!

Denn meine Freunde: Wirtschaftliche Schwierigkeiten, Rohstoffknappheit, der Übergang ins sogenannte Nachholzeitalter – das alles läßt sich bei kluger, vorausschauender Politik bewältigen. Aber eine Jugend, die nicht mehr wüßte, zu welchem Zweck und Ziel sie das Erbe des Staates und die Grundwerte der Gesellschaft aus den Händen ihrer Eltern entgegennehmen soll: Eine solche Generation wäre der Ruin unseres Landes.

Doch es gibt diese Klischee-Generation ja gar nicht, Gott sei Dank und allen Untergangsaposteln zum Trotz gibt es sie nicht. **Und deshalb sehen wir es als eine unserer wichtigsten Aufgaben an, der Jugend, so wie sie wirklich ist, zu helfen.** Wir wollen ihr den Rücken stärken, wir nehmen ihre Zweifel und Ängste ernst, wir zeigen ihr Perspektiven und schaffen zugleich Felder der Bewährung für sie.

Das tun wir, indem wir die jungen Menschen in den Schulen fördern, statt zu überfordern. Der Lehrstoff wird gestrafft, die Lehrer werden besser auf ihre pädagogischen Aufgaben vorbereitet, es steht mehr Freizeit für die außerschulische Entfaltung zur Verfügung.

**Unsere Betriebe bieten genügend Lehrstellen in qualifizierten Berufen an, es gibt zahlreiche Anreize zur Aus- und Weiterbildung als sichersten Schutz gegen Arbeitslosigkeit.**

Wir treten mit Gewerkschaften und Arbeitgebern in einen intensiven Dialog über die Humanisierung der Arbeitswelt. Wir fördern und unterstützen das kulturelle Angebot, gerade auch das jugendbezogene. Wir geben dem Vereinsleben praktische Hilfen und ideelle Impulse, und wir bieten Rat und Tat bei allen Formen der Jugendarbeit, in denen junge Menschen sich selbst erproben, ihre Fähigkeiten entfalten und ihre Persönlichkeit ausbilden können.

**Unser langfristiges, modellhaftes Programm zur Stadt- und Dorferneuerung** hilft, die Wohnumwelt kindgerechter, jugendfreundlicher und geborgener zu machen. Wir zeigen die Werte der Solidarität, der Mitmenschlichkeit und der Nächstenliebe auf, die für uns Maßstäbe des Handelns sind und der Jugend Chancen zum Einsatz ihres Idealismus bieten.

So, meine Freunde, sieht überzeugende und konkrete Jugendpolitik aus! Das ist etwas grundlegend anderes, als sich hinzustellen und bloß die Schlechtigkeit der Welt, die Chancenlosigkeit der Zukunft und die Perspektivlosigkeit des Lebens zu beklagen, wie es uns von links bis zum Überdruß geboten wird!

**Ich sage aber nicht nur, was wir leisten – ich sage auch, und nicht minder entschieden, was wir nicht tun werden:**

Wir werden keine Betreuung und Bevormundung unserer Kinder durch staatliche Sozialbürokraten dulden. Wir werden keine gesellschaftspolitische Indoktrinierung unter Ausnutzung schulischer Abhängigkeitsverhältnisse dulden. Radikale, gleich welcher Couleur, kommen nicht in den Schuldienst, und sie kommen auch in keinen anderen öffentlichen Dienst.

**Wir werden keine Gesamtschule als Regelschule, auch nicht als alternative Regelschule, einführen,** weil sich dadurch die Struktur des ländlichen Raumes entscheidend verschlechtern würde und weil das System die Gefahr der Gleichmacherei in sich birgt. Ebenso entschlossen, wie wir gegen Resignation und Pessimismus angehen, werden wir Utopien, Schönfärbereien und Illusionen bekämpfen.

Mit einem Wort: Die CDU wird sich bei der Wahrnehmung ihrer Verantwortung für die Zukunft der Jugend von niemandem übertreffen lassen!

Wenn ich von Illusionen und Utopien spreche, so ist es mir unmöglich, nicht auf Erhard Eppler einzugehen. Sie wissen, Eplers politisches Weltbild besteht aus dem unauflöselichen Gegensatz von Wertkonservativen und Strukturkonservativen. Er hat aber eine dritte Kategorie vergessen: Das sind die Illusionskonservativen. Und deren Haupt- und Leitfigur ist niemand anderes als er selbst. Wenigstens hierin, so scheint mir, ist er unbestritten.

**Die Zahl der Eplerschen Irrtümer,** aus seiner unglücklichen, aber dauerhaften Liebe zur Illusion geboren, ist fast unübersehbar. Die Wähler haben bislang verhindert, daß daraus Schaden für unser Land entstehen konnte. Aber Schaden für seine Partei, der ist entstanden, und zwar in einem Maße, der nicht einmal uns, seinen politischen Gegnern, recht sein kann.

Die SPD Baden-Württembergs hat sich in ihrer Struktur tiefgreifend gewandelt. Es ist nicht mehr jene Partei, in der Namen wie Viktor Renner oder Hermann Veit für die Bereitschaft zum sachlichen Dialog, zum Ringen um die beste Lösung und zur Kompromißbereitschaft standen.

Die letzten Protagonisten dieser Richtung, wie Walter Krause und Heinz Bühlinger, werden in Kürze abtreten. **Statt dessen ist eine Partei entstanden, die den Kontakt zur Wirklichkeit verloren und die politische Integrationskraft**

**eingebüßt hat.** Die SPD in Baden-Württemberg hat das Bemühen um die Zustimmung der Arbeitnehmer aufgegeben. Sie ist keine Arbeitnehmerpartei und erst recht keine Volkspartei.

Ein wirklicher Dialog mit den Bürgern, ein Erkunden der Probleme vor Ort, findet nicht mehr statt. Wer nach geraden politischen Linien sucht, findet allenfalls Spiralen. Diese Eppler-Partei steht im politischen Abseits, und sie weiß es. Deshalb führt sie den Kampf nicht mehr in der Sache, sondern mit einer läppischen Stilkritik. Ihr Vorsitzender erfreut die Öffentlichkeit noch zuweilen durch blumige Bonmots und erklärt im übrigen, er kandidiere nicht für das Amt des Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg.

Wer also Eppler wählt, wählt jemanden, der gar nicht mehr gewählt werden will.

**Erhard Eppler hat seine Gegnerschaft zum Extremistenbeschluß** des Bundes und der Länder damit begründet, kommunistisch agierende Lehrer könnten hinterher immer noch auf disziplinarischem Wege aus dem Schuldienst entfernt werden. Die Vorgänge am Frankfurter Abendgymnasium, wo KBW-Lehrer physischen Terror ausüben und aus rechtlichen Gründen dennoch nicht entlassen werden können, beweisen das Gegenteil.

**Erhard Eppler hat den Nachrüstungsbeschluß der NATO als eine Provokation der Sowjetunion kritisiert.** Zu den Ereignissen in Afghanistan, die ihn auf so fürchterliche Weise widerlegen, schweigt er. Ich hoffe, es ist wenigstens das Schweigen der Betroffenheit.

Erhard Eppler hat mit seinem Energie-Szenarium den einhelligen Widerspruch der Fachleute herausgefordert.

Er schweigt und duldet keine Diskussion in seiner Partei.

Erhard Eppler läßt nichts unversucht, die Autorität des Bundeskanzlers in Sachen Kernenergie zu untergraben. Er kündigt an, beim nächsten Delegiertenkongreß der SPD würden die Atomgegner in der Mehrheit sein.

Wenn er dennoch jetzt im Wahlkampf der erstaunten Öffentlichkeit den Schulterschuß mit Helmut Schmidt vorführen sollte, so wäre dies eine doppelte Scheinheiligkeit: Denn ebensowenig, wie Eppler sich Schmidt als Kanzler wünscht, kann Schmidt sich einen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Eppler wünschen, der ihm den mit Hilfe der CDU-Ministerpräsidenten zustande gebrachten Entsorgungskompromiß mit Sicherheit torpedieren würde.

**Die SPD Baden-Württembergs kämpft also mit Schmidt und Eppler für und gegen die Kernenergie!** So, meine Freunde, macht man Politik zur Hinterzimmerintrige, so verliert das Parteiensystem an Glaubwürdigkeit, so verspielt man das Vertrauen der Bürger!

**Es gibt jetzt und in den nächsten Jahren kaum ein wichtigeres und brisanteres Thema als die Zukunft der Energieversorgung.** Die Arbeitnehmer wollen wissen, wie ihre Arbeitsplätze gesichert werden können. Die Wirtschaft braucht für Dispositionen verlässliche Angaben über Art, Umfang und Preisge-

staltung der Energiezufuhr. Wirtschaftliche und technische Umstrukturierungen haben bereits begonnen und müssen seitens der Politik mit klaren Entscheidungen über den Ausbau und die Standorte von Kernkraftwerken, über die Umstellung auf andere Energieträger und die Förderung alternativer Technologien begleitet werden.

Wer nach der Position Erhard Eppers fragt, bekommt zur Antwort, daß er fürs Energiesparen, für mehr Kohlekraftwerke und gegen den Aus- und Neubau von Kernkraftwerken ist, und daß es einen zusätzlichen Strombedarf, der durch alle diese Maßnahmen nicht gedeckt wird, nicht geben darf, weil der in seinem Energie-Szenarium nicht vorgesehen ist.

Und wer noch genauer, sozusagen in Feinabstimmung, wissen will, darf sich mit der Feststellung trösten, daß die SPD auf ihren modifizierten Fellbacher Beschlüssen beharrt, die nicht ganz so rigoros sind wie die des Frankfurter Kreises, dafür aber die Leitlinie für Berlin gewesen sein sollen, wo man bekanntlich nicht hinter Hamburg zurückgehen wollte, damit Phillipsburg II zwar gebaut, aber nicht genehmigt und in Wyhl wegen Dornstetten weder genehmigt noch gebaut werden kann. So einfach ist das! Und damit wissen die Arbeitnehmer in Baden-Württemberg endlich, woran sie sind und brauchen sich um ihre Arbeitsplätze keine Sorgen mehr zu machen.

**Die CDU macht da nicht mit. Wir sind keine Eiertanzpartei.** Unsere Energiepolitik beruht auf der klaren Konzeption, wie wir sie in dem fortgeschriebenen Energieprogramm von 1975 und in dem Energiesparprogramm von 1979 festgelegt haben.

Das heißt:

- **Wir nützen weiterhin jede Möglichkeit des Energiesparens,**
- **wir fördern die rationelle Energieverwendung,**
- **wir beschleunigen die Entwicklung neuer, regenerativer Energiequellen,**
- **wir reduzieren den Ölanteil durch den Ausbau der Erdgas- und Fernwärmeversorgung,**
- **wir bauen zusätzliche Kohlekraftwerke,**
- **und wir decken den errechenbaren zusätzlichen Strombedarf durch den Bau von Kernkraftwerken.**

Damit legen wir den Grundstein für die Erhaltung zukunftssicherer Arbeitsplätze, wir schaffen die Voraussetzungen für ein wachsendes Bruttosozialprodukt, ohne das es keine dauerhafte soziale Sicherheit gibt, und wir verringern soweit als möglich unsere Abhängigkeit vom Öl. Zur Gewährleistung der Sicherheit und Umweltverträglichkeit der Kernkraftwerke setzen wir die modernste verfügbare Technik ein auf der Basis des von der Regierung beschlossenen integrierten Sicherheitsinformationssystems. Wir informieren die Bevölkerung über alle

mit der Kernenergie zusammenhängenden Aspekte, ausführlich und in völliger Offenheit, so wie es in der Entsorgungsfrage geschehen ist und bei einem eventuellen Bau des Kernkraftwerks Wyhl geschehen wird.

Nach dem heutigen Stand unserer Erkenntnisse brauchen wir dieses Kernkraftwerk, und wenn wir vom Verwaltungsgerichtshof grünes Licht für den Standort Wyhl bekommen, wird die Regierung den Landtag und die Bevölkerung in allen Einzelheiten über die zeitliche und bauliche Planung informieren.

Wir werden außerdem durch gezielte Maßnahmen des Landes eine Entlastung jener Bürger vorsehen, die durch öffentliche Großprojekte besonders betroffen sind. Denn dies ist ein Gebot gemeinschaftlicher Solidarität.

**Meine Freunde, wenn es einen Bereich gibt, wo sich politische Verantwortlichkeit zu erweisen hat, wo Opportunismus und Ignoranz unangebracht, weil lebensgefährlich, sind, dann ist es der Bereich der Kernenergie.** Und gerade hier hat die SPD in Baden-Württemberg total versagt! Sie hat sich durch Aussteigen aus der politischen Verantwortung gestohlen, und so befindet sie sich denn in bester, will heißen schlechtester Gesellschaft mit der sogenannten „Partei“ der Grünen.

Ich sage Partei, und weiß doch nicht, was dieses vielfarbige vielsprachige Gemisch von Kernkraftgegnern, Tagträumern, Fortschrittsgeängstigten, auf institutionellem Durchmarsch befindliche Kommunisten, idealistischen Jugendlichen und karrierefrustrierten Alten eigentlich als Partei ausweisen soll.

Die Grünen wissen es selber nicht. **Sie sind dagegen**, die einen nur gegen Kernkraftwerke, die anderen gegen alles, und wofür sie sind, das soll in der Präambel ihrer nicht zustande gekommenen Satzung stehen, und da steht nichts drin.

Ich wende mich deshalb gerade an jene, die neuen technologischen Entwicklungen skeptisch gegenüber stehen, die Sorge haben vor dem Bau industrieller Großanlagen und moderner Energieprojekte:

**Traut nicht denjenigen, deren einzige Qualität das öffentlichkeitswirksame Neinsagen ist!**

**Helft nicht jenen zur Verantwortung, die Verantwortung gar nicht wollen, weil sie nur in Obstruktion geübt sind.**

**Legitimiert nicht die, die den einmal in die Faust bekommenen Zipfel der Macht dazu benutzen wollen, das Tischtuch zum demokratischen Staat und zur freiheitlichen Gesellschaft rigoros zu zerschneiden!**

Wer wirklich für Umweltschutz, für mehr Humanität im täglichen Leben und für Sicherheit in Freiheit ist, der kann nur CDU wählen!

Denn:

Wir haben als **erstes Bundesland** mit einem systematischen, in Programmen festgehaltenen und fortgeschriebenen **Umweltschutz** begonnen.

Wir werden mit dem Dritten mittelfristigen Umweltschutzprogramm unsere bewährte Politik fortsetzen, die zum Verschwinden der Müllkippen und zur entscheidenden Verbesserung der Gewässerqualität, zum modernsten Naturschutzgesetz und zur konsequenten Beschränkung des Landschaftsverbrauchs geführt hat.

**Wir haben ein umfassendes Konzept, in dem wirtschaftlicher Erfolg und technischer Fortschritt einerseits und intakte Natur und lebenswerte Umwelt andererseits keine Gegensätze, sondern einander ergänzende und begrenzende Maximen sind.**

Wir haben Flagge gezeigt beim Schutz der Umwelt,  
– durch Nichtgenehmigung von Industrieanlagen,  
– durch Verzicht auf den Neubau großer Straßenprojekte,  
– wir handeln konsequent nach dem Grundsatz „Ausbau vor Neubau“ und „Erneuerung statt Abriß“,  
– und wir forcieren die Entwicklung umweltschonender Technologien.

Das alles sind Taten und nicht Worte, Resultate und nicht Versprechungen, und diese bedingungslos an den Bedürfnissen unserer Bürger ausgerichtete Politik werden wir konsequent fortsetzen!

**Meine Freunde, wir gehen in diesen Wahlkampf mit den denkbar besten Voraussetzungen.** Wir haben in allen politischen Bereichen überzeugende mittel- und langfristige Konzepte aufzuweisen. Und die SPD? Fragen wir doch einmal Herrn Eppler – der es ja ohnehin mehr mit dem Fragen als mit dem Antwortgeben hält –, wo die Langfristperspektiven seiner Politik sind!

**Wie sieht denn die langfristige Konzeption der SPD zur Arbeitsplatzsicherung aus?** Da genügt es eben nicht, jedes Jahr ein paar hundert Beamtenstellen mehr zu fordern und damit die Staatsquote weiter hoch zu treiben – sondern man muß Mittelstandsprogramme, Technologieförderung, Innovationsberatung und sinnvolle Infrastrukturmaßnahmen anbieten!

**Wie sieht es denn mit der Langfristperspektive der SPD in der Sicherheitspolitik aus?** Nur den Staat als „Schnüffelstaat“ zu denunzieren – das ist doch kein Beitrag zur Inneren Sicherheit! Sondern man muß, wie wir es getan haben, einen Sicherheitsplan vorweisen können, der das Polizeiwesen auf den modernsten Stand bringt und die vorbeugende Bekämpfung der Kriminalität groß schreibt. Und man muß vor allem den Willen haben, unsere Bürger aktiv zu schützen, anstatt durch die Beteiligung an sogenannten Berufsverbote-Kampagnen das Klima des Mißtrauens und der Verunsicherung mit anzuheizen!

**Und wie sieht es denn mit der Bürgernähe aus**, vielleicht die wichtigste langfristige Aufgabe überhaupt, weil es hier um Grundfragen der Demokratie und des Parteiensystems geht? Da genügt es eben nicht, als Vorsitzender einer SPD-Grundsatzkommission auf vielen Seiten Papier den mangelnden Dialog zwischen Bürgern und Politikern zu beklagen und sich gleichzeitig, wenn es um wichtige Entscheidungen geht, vor dem Bürgergespräch zu drücken!

Wir, die Landesregierung, haben die Entscheidungen zum Bau der Schnellbahntrasse Mannheim – Stuttgart, zur Flughafenerweiterung, vor Ort mit den Bürgern diskutiert und begründet, und wir haben dabei die Position der Bundesregierung ebenso rückhaltlos vertreten wie unsere eigene! Wo war denn da Herr Eppler? Er saß wohl zu Hause und grübelte über das Problem der Bürgernähe an sich!

**Meine Freunde, ich wiederhole es, wir gehen in diesen Wahlkampf mit den besten Voraussetzungen. Wir haben in den zurückliegenden vier Jahren hart gearbeitet, wir waren draußen vor Ort, wir haben die Probleme der Bürger aus direkter Anschauung erfahren und ihre Sorgen zu unseren eigenen gemacht.**

Jeder von Ihnen hat auf seinem Platz dazu beigetragen, daß das Bild der CDU seine klaren, zuverlässigen Konturen behalten hat und daß unsere Partei in acht Jahren alleiniger Regierungsverantwortung eine Bürgerpartei geblieben ist, ohne die Abnutzungserscheinungen und Skandale, mit denen alle SPD-/FDP-Regierungscoalitionen behaftet gewesen sind.

Wir haben uns in der Verantwortung bewährt, wir sind an unseren Aufgaben gewachsen, wir bilden das politische Fundament, auf dem allein auch in den achtziger Jahren gedeihlich und sicher weiter gebaut werden kann.

Unser Versprechen an die Bürger Baden-Württembergs lautet:

**Wir sichern die wirtschaftliche Zukunft des Landes.**

**Wir schaffen und bewahren eine humane Umwelt.**

**Wir garantieren und erweitern die Freiheit jedes Einzelnen und wehren allen Tendenzen des Kollektivismus.**

Unsere Partei versteht sich als Partner der Arbeitnehmer wie der Selbständigen, als Förderer der Jugend, als Anwalt der Älteren und der Hilfsbedürftigen. Wir spielen nicht eine soziale Gruppe gegen die andere aus, und wir liebäugeln nicht mit der Gesellschaftsveränderung durch Klassenkampf.

Wir werden unser ganzes Gewicht in die Waagschale werfen, um den **Familien mit mehreren Kindern**, die von SPD und FDP über Jahre hinweg zu sozialen Absteigern degradiert worden sind, wieder ihren gebührenden Platz in der Gesellschaft zu verschaffen.

Das blamable Schauspiel, das die Bonner Koalition beim wahltaktisch bedingten Hinausschieben der längst überfälligen **Steuererleichterungen** geboten hat, ist nicht vergessen.

Ich werde, ebenso wie im letzten Jahr, dem Bundeskanzler nicht seine so sehr gewünschte Ruhe an der Steuerfront lassen.

Und die baden-württembergische Regierung wird alles daran setzen, daß ihre Bundesratsinitiativen zur steuerlichen Entlastung der Familien zum frühestmöglichen Zeitpunkt verwirklicht werden! **In der Wohnungsbauförderung**

**werden** wir stärker noch als bisher die materielle Situation und die räumlichen Bedürfnisse der Familien und Älteren zum Maßstab nehmen.

Die CDU wird auch mit noch größerem Nachdruck, als das in der Vergangenheit geschehen ist, **die Interessen der Frauen in der Öffentlichkeit unterstützen**. Die Landesregierung setzt sich für eine Erhöhung der Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten ein. Wir werden jeden uns benannten Einzelfall, in dem Frauen in ihrer gesellschaftlichen Funktion oder ihrem beruflichen Fortkommen benachteiligt werden, unverzüglich aufgreifen und untersuchen. **Wir werden die Frage, ob eine Landesbeauftragte für Frauen in Baden-Württemberg sinnvoll ist, unter Beteiligung aller maßgeblichen Gruppen sorgfältig prüfen.**

**Die Situation der Frauen in unserer Gesellschaft** wird nicht dadurch besser, daß man ein ideologisches Klischeebild schafft, in dem die am Fließband arbeitende Frau mit ihrer Doppelbelastung als Berufstätige und Hausfrau zum Emanzipationsheros hochstilisiert und die sogenannte Nur-Hausfrau und Mutter als Heimchen am Herd diskriminiert wird – sondern **wirkliche Hilfe leistet nur, wer den Familien soviel materiellen Spielraum gibt, daß die Frauen selbst frei entscheiden können welcher Aufgabe sie sich zuwenden wollen!**

SPD und FDP haben zehn Jahre lang nichts, aber auch gar nichts hierfür getan, und den kritischen Zustand vieler Familien können wir an dem drastischen Geburtenrückgang und der ebenso drastischen Erhöhung der Scheidungsziffern feststellen.

Meine Freunde, täuschen wir uns nicht:

**Das vor uns liegende Jahrzehnt wird mit Sicherheit große Gefahren für die äußere und innere Stabilität unseres Landes bringen.** Wir werden wirtschaftliche Umstrukturierungsprozesse erheblichen Ausmaßes zu bewältigen haben, wir werden manche liebgewordene Gewohnheit ändern müssen.

Aber: Wir befinden uns in einer Ausgangsposition, wie sie besser fast nirgendwo auf der Welt zu finden ist. Unsere Bürger besitzen mehr Einsichtsfähigkeit, mehr Mut und mehr Optimismus, als viele Politiker, denen es selbst daran mangelt, ihnen zu trauen. Unsere Bürger wissen, daß Politik nicht heißen kann, in einem Slalomlauf um unangenehme Entscheidungen herumzufahren. Denn ein Slalomlauf führt immer abwärts.

**Wir aber wollen, daß es weiter aufwärts geht mit diesem Land, das wir lieben. Und wir wollen, daß die Bürgerfreiheit in Baden-Württemberg weiterhin ihre fest verwurzelte Heimat hat. Sozialismus, Kollektivismus und richtungsloser Opportunismus haben keine Chance bei uns. Dies in aller Klarheit sichtbar zu machen: Darum geht es bei dieser Wahl!**

Die Union war die bestimmende politische und geistige Kraft, sie ist der Baumeister des freiheitlichsten Staates, den es je auf deutschem Boden gab. Die Erfahrung und die Leistung der Union geben die Sicherheit, daß auch die großen vor uns liegenden Herausforderungen gemeistert werden. Dies ist unsere Stärke, deswegen vertraut man uns.

SPD und FDP sind, wo sie die Regierung stellen, zu bloßen Machterhaltungskartellen degeneriert. Wo sie in Opposition stehen, bringen sie nichts zuwege, als kleinliche Mäkelei und opportunistisches Schielen nach der günstigsten Windrichtung.

Das ist zuwenig, um ein Land zu regieren.

Es ist zuwenig, um die geistige und moralische Überlegenheit des demokratischen Staates glaubwürdig zu vertreten.

Und es ist zuwenig, um die Zukunft mit Tatkraft und Ideenreichtum zu meistern.

**Mit einem Wort: SPD und FDP in diesem Land sind in ihrer jetzigen Verfassung nicht regierungsfähig!** Wir wollen es uns und den Bürgern ersparen, die Probe aufs Exempel miterleben zu müssen. Dafür braucht die CDU am 16. März die absolute Mehrheit.

Gestatten Sie mir ein persönliches Wort zum Schluß:

Ich habe in den anderthalb Jahren meiner Regierungszeit versucht, das Versprechen, das ich den Bürgern gegeben habe, zu erfüllen: Das Versprechen, das Wohl unseres Landes zu mehren, die erfolgreiche Politik der CDU kontinuierlich fortzuführen, neue, in die Zukunft weisende Akzente zu setzen und mit allen Schichten der Bevölkerung in einen intensiven Dialog zu treten. Ich glaube, daß mir dies, soweit es in der relativ kurzen Zeit möglich war, gelungen ist. Es wäre mir nicht möglich gewesen, ohne die großartige Unterstützung aller Mitglieder unserer Partei. Dafür sage ich Ihnen an dieser Stelle meinen herzlichsten Dank.

Ich wende mich heute nunmehr wiederum an Sie mit der Bitte: Unterstützen Sie mich in den folgenden Wochen mit aller Kraft, damit das erfolgreich Begonnene fortgesetzt werden kann! Werben und wirken Sie aktiv für unsere Partei! Machen Sie deutlich, daß es zur CDU keine Alternative gibt.

**Kämpfen Sie gemeinsam mit uns – damit unser schönes, wirtschaftlich gesundes und kulturell reiches Land Baden-Württemberg bleibt, was es ist:**

**Ein Hort der Freiheit, der Sicherheit, der Geborgenheit und der Toleranz.**

**Wir lieben unser Land. Und darum rufen wir den Bürgern zu:**

**Aus Liebe zum Land**  
**CDU**

## Rede des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Erwin Teufel MdL

### I.

Meine Damen und Herren,  
liebe Parteifreunde!

Das Wichtigste in der Politik ist Vertrauen. Das Vertrauen der Bürger ist ein Kapital, auf das man bauen, von dem man zehren kann. Vertrauen gewinnt, wer eine glaubwürdige Politik treibt.

Die Bürger in Baden-Württemberg haben der CDU auf den Rathäusern, in den Landkreisen, im Land und bei Bundestagswahlen in hohem Maße Vertrauen entgegengebracht. Das ist zuerst ein Erfolg unserer örtlichen Repräsentanten, ein Erfolg unserer Mitglieder in den Betrieben, in den Vereinen, auf den Rathäusern. Sie geben ihren guten Namen her für die Union, sie haben ein Ohr für den Bürger und leisten die Basisarbeit für eine christlich-soziale Politik.

Wir stehen vor einer wichtigen Wahl. Wahlen werden nicht in Wahlkämpfen entschieden, so wichtig sie sind. Wahlen werden gewonnen, wenn die Wahlparolen gedeckt sind durch das, was 4 Jahre geleistet wurde. Wahlen werden nicht durch Plakate gewonnen, sondern nur, wenn die plakatierten Köpfe in den letzten 4 Jahren Hände und Füße hatten, um sich für ihre Mitbürger einzusetzen.

Die Stärke der CDU in diesem Land ist, daß wir in 69 von 70 Wahlkreisen durch die direkt gewählten Abgeordneten vertreten waren. Die Abgeordneten der CDU-Fraktion waren 4 Jahre draußen vor Ort und haben gearbeitet. Sie haben Sprechstunden gehalten und Versammlungen, sie waren in den Schulen und in den Betrieben, sie waren in den Gemeinden und in den Vereinen, sie waren da, wo es Probleme gab und da, wo Feste gefeiert wurden.

Wer so 4 Jahre seinen Wahlkreis betreut, der kann gelassen und zuversichtlich dem Wahltag entgegensehen. Wer 4 Jahre kontinuierlich arbeitet, der braucht sich im Wahlkampf nicht in kurzatmigen Aktionen verzetteln. Wer 4 Jahre dem ratsuchenden Bürger menschlich begegnet, der braucht nicht 4 Wochen vor der Wahl mehr Menschlichkeit auf die Plakate schreiben.

Das Vertrauen der Bürger war uns Verpflichtung. Wir haben uns nicht ausge ruht, sondern angestrengt. Die Mehrheit von 1976 ermöglichte uns eine Politik über den Tag hinaus, eine Politik, die nicht durch Hast und Kurzatmigkeit gekennzeichnet ist. Das haben wir in den letzten vier Jahren auf allen politischen Sachgebieten bewiesen.

Unsere **Bildungspolitik** ist langfristig angelegt:

- In diesem Land findet jedes Kind einen Kindergartenplatz.
- In diesem Land findet jedes Kind in erreichbarer Entfernung die Schule, die seiner Begabung und Leistung entspricht.
- Die Klassen sind wesentlich kleiner geworden.
- Die Berufsschule steht gleichgewichtig neben der allgemeinbildenden Schule.
- Und dieses Land ist das hochschulreichste der Bundesrepublik.

Nach dieser enormen quantitativen Ausweitung des Bildungsangebots geht es uns jetzt vor allem um eine innere Schulreform:

Wir wollen eine Schule, die Wissen vermittelt, aber auch eine Schule, die erzieht und das weiterführt, was im Elternhaus grundgelegt wurde.

Wir wollen eine Schule, die erzieht zur Kritikfähigkeit, aber auch eine Schule, die erzieht zur Vertrauensfähigkeit und Urteilsfähigkeit.

Unser Ziel ist eine Schule, die den jungen Menschen befähigt, sein Leben in Freiheit und Verantwortung zu gestalten, eine Schule, die vorbereitet auf das Leben, auf das Berufsleben und auf die Übernahme von Verantwortung in einem demokratischen Gemeinwesen.

Wir wollen eine Schule, in der nicht indoktriniert wird, in der aber Fragen nach Sinn und Orientierung, nach dem Woher und Wohin des Menschen nicht ausgeklammert werden.

Diese Zielsetzung sind wir ganz konkret angegangen in dieser Legislaturperiode

- durch den Beginn einer systematischen Durchforstung der Lehrpläne mit der Absicht einer wesentlichen Stoffreduzierung
- durch die Verbesserung der Lehrerbildung und -fortbildung
- durch den Beginn einer Durchforstung der Schulbücher
- durch die Stärkung der musischen und sportlichen Fächer
- durch die Einführung des Faches „Arbeit – Technik – Wirtschaft“ in der Hauptschule
- durch die Reduzierung des Fachlehrerprinzips.

Die SPD hat unserem Konzept nichts entgegenzusetzen als eine Propaganda für die Gesamtschule.

Während sie von mehr Menschlichkeit in der Schule redet, möchte sie unsere Kinder zu Fernpendlern über 20 km machen, damit sie in Fabriken ab 2000 Mann unterrichtet werden können.

Die Arbeitswelt würde Herr Eppler am liebsten nach dem Modell von Kleinhandwerksbetrieben, die Produktion am liebsten nach dem Muster seines überschaubaren Hausgartens in Dornstetten organisieren, aber für die Schulkinder will er den Großbetrieb. Das soll verstehen, wer will.

Dahinter steckt die gleiche Bildungsideologie, die uns 50 Prozent Abiturienten in einem Altersjahrgang verordnen wollte. Die selbsternannte Arbeitnehmerpartei SPD will möglichst viele zum Abitur bringen, ganz gleich wie. Sie gibt keine Antwort auf die Frage, wo diese Überzahl an Abiturienten studieren soll, sie gibt keine Antwort, wo die Überzahl an Studierenden einen geeigneten Arbeitsplatz finden soll, keine Antwort auf die Frage, wo die Facharbeiter herkommen sollen, die wir nötig brauchen.

Wer ein so gestörtes Verhältnis zur praxisbezogenen Ausbildung und zur Arbeitswelt hat wie die SPD, dem muß der Arbeitnehmer in unserem Land eine Quittung geben.

Den entscheidenden Dienst für unsere Gesellschaft leisten die **Familien**. Wir nehmen deshalb ernst, daß sie unter dem besonderen Schutz der Verfassung steht. Die Familie ist die erste und wichtigste Gemeinschaft für den Menschen und keine vom Staat beauftragte Erziehungsagentur. Der Staat kann nicht für intakte Familien sorgen, aber die Rahmenbedingungen so gestalten, daß sich die Familien gut entfalten können.

Familiendarlehen, Geburtsdarlehen, Modell „Mutter und Kind“, Stiftung „Familie in Not“, Familiengeld, Aktionsprogramm zum Schutz des ungeborenen Lebens. Das ist für eine vierjährige Legislaturperiode ein Leistungsnachweis, der sich sehen lassen kann.

Es ist beschämend, daß die Bundesrepublik Deutschland, das wirtschaftsstärkste Land Europas, zugleich den schlechtesten Familienlastenausgleich in Europa hat. Es ist schlimm, daß eines der reichsten Länder der Erde die niedrigste Geburtenrate der Erde hat. Wir werden die Bundesregierung nicht in Ruhe lassen, bis ein Erziehungsgeld in Stufen eingeführt wird.

Bei der SPD herrscht in punkto Familie immer noch völlige Funkstille. Das einzige, was der SPD zu unserer Forderung einfällt, ist der Vorwurf, wir würden die Frau zurück an den Herd drängen. Was ist das für eine Emanzipation, welche zahlreiche Mütter zur mehrfachen beruflichen Tätigkeit zwingt.

Ein Erziehungsgeld für eine Mutter mit kleinen Kindern ist nicht nur menschlicher und sozialer als der derzeitige Zustand, sondern auch wirtschaftlich vernünftiger als das Sichselbstüberlassen von Schlüsselkindern oder als die Erziehung durch staatlich diplomierte Pädagoginnen.

Alle, die vor einigen Jahren den **§ 218** reformierten, taten es mit der lautstarken Bemerkung, es gehe ihnen um einen besseren Schutz des ungeborenen Lebens. Inzwischen wissen wir, daß über 70 Prozent der Abtreibungen mit einer sozialen Notlage begründet werden. Entweder ist diese Begründung nur ein Vorwand, dann liegt ein klarer Verfassungsverstoß vor. Oder die betroffenen Frauen sind tatsächlich in einer dramatischen sozialen Notlage. Dann ist das die

Bankrotterklärung jeder Sozialpolitik. Ein Sozialstaat, in dem Mütter wegen sozialer Notlage Kinder abtreiben müssen, leistet in jedem Einzelfall den Offenbarungseid.

Unser Ziel muß sein: Nicht verurteilen, sondern helfen.

Wir haben mit unserem Aktionsprogramm zum Schutz des ungeborenen Lebens einen Anfang gemacht und wir sind hier weiterhin in der Pflicht.

Ich vermisse seit langem einen Beitrag von Erhard Eppler auf diesem Gebiet. „Mehr Menschlichkeit“ ist doch wohl zuerst gegenüber den Schwächsten gefordert und dort, wo das höchste Rechtsgut, das Leben, gefährdet ist. Wir müssen doch wenigstens die gleiche Anstrengung für den Schutz des ungeborenen Lebens aufbringen, wie für den Schutz unserer natürlichen Umwelt.

Für eine Partei, die das „C“ im Namen führt, gibt es keinen wichtigeren Bereich als die **Sozialpolitik**. Wir fordern Leistung und wir fördern Leistung, aber wir bringen all denen unsere ganze Hilfe entgegen, die sich nicht selbst helfen können. Solidarität und Gerechtigkeit sind Grundwerte unserer Politik.

- Wir haben die dynamische Rente geschaffen und nicht abgebaut.
- Wir helfen den vielen freien Verbänden in unserem Land, damit sie helfen können.
- In keinem Land sind die sozialen Dienste so konsequent ausgebaut worden, wie in Baden-Württemberg.
- Allein 1979 wurden 84 neue Sozialstationen errichtet.
- Wir leisten damit vor allem auch vielen älteren Mitbürgern eine Hilfe, damit sie ihr Leben selbständig weiterführen können.
- Unser Land nimmt den Spitzenplatz in der Behindertenarbeit und Rehabilitation ein.

Für uns gilt Solidarität aber nicht bloß im eigenen Land. Wir stellen uns auch der weltweiten Herausforderung der Unterentwicklung und Unterernährung. Trotz der beschränkten Zuständigkeiten des Landes haben wir die Leistungen für die **Entwicklungspolitik** wesentlich gesteigert.

Auch auf diesem Gebiet, das einmal die Domäne Epplers war, bevor er den Ruf zum Umweltpropheten und Energieexperten in sich spürte, haben wir die SPD-Länder längst abgehängt.

Wir betreiben in Baden-Württemberg seit Jahren eine konsequente **Umweltpolitik**. Wir tragen keine grüne Fahne. „Wo die Fahne flattert, bleibt der Verstand in der Trompete“ sagt Tucholsky. Wir tragen keine grüne Fahne, wir machen die grüne Politik.

- Land und Gemeinden geben täglich 1 Million DM für die Gewässerreinigung aus. Der Bodensee ist sauber und im Neckar gibt es wieder einen artenreichen Fischbestand.

- Von 4000 Müllkippen, welche die Gemeinden oft mehr schlecht als recht betrieben haben, wurden 3800 geschlossen, Geordnete Deponien, Kompostierungen und Verbrennungsanlagen sind an ihre Stelle getreten.
- Wir haben das modernste Naturschutzgesetz im Bundesgebiet.
- Jeder Flächenplanung geht bei uns eine Landschaftsplanung voraus.
- 16 Prozent der Landesfläche stehen in Baden-Württemberg unter Natur- und Landschaftsschutz.

In Zukunft werden wir noch stärker vom Beheben bereits eingetretener Schäden zur Verhinderung von Schäden kommen müssen.

Wir verfolgen eine Strategie umweltverträglichen Wachstums. Sie bestimmt auch unsere **Energiepolitik**. Wir sind für jede sinnvolle Ausschöpfung von Energieeinsparungsmöglichkeiten, wir sind für die weitestmögliche Nutzung der heimischen Kohle, wir sind für eine intensive Forschung nach alternativen Energien. Wie sind aber auch für die maßvolle Nutzung der Kernenergie unter strenger Beachtung aller Sicherheitsmaßnahmen.

Leichtfertig handelt nicht, wer sich nach Ausschöpfung aller Alternativen für die Nutzung der Kernenergie entscheidet, leichtfertig handelt, wer trotz des dünnen Fadens, an dem unsere Ölversorgung hängt, nicht wenigstens den Versuch einer Reduzierung dieser Abhängigkeit in Stufen unternimmt.

Unverantwortlich handelt nicht, wer mit Kernkraft die drohende Energielücke schließen will, sondern unverantwortlich handelt, wer trotz der Abhängigkeit unserer Wirtschaft und unserer Arbeitsplätze von einer gesicherten Energieversorgung nicht rechtzeitig handelt.

Unverantwortlich handelt, wer trotz einer Anlaufzeit von 10 Jahren für den Bau eines Kraftwerks so tut, als hätten wir genügend Zeit für Denkpausen, Optionen und Baustops. Aus Optionen kommt kein Strom.

Eppler mag Pausen machen, wenn er das Bedürfnis dazu hat. Die derzeitige Weltlage und ihre Auswirkungen auf unsere Wirtschaft, die Probleme unseres Landes erlauben keine Denkpausen und keine Handlungsdefizite.

Ein weiteres wichtiges Ziel unserer Politik heißt: Größere Bürgernähe. Wir erreichen es nur durch eine konsequente Dezentralisierung und Stärkung der Selbstverwaltung.

Der Staat tut heute zu viel, er macht zu viel selbst und er entscheidet zu weit weg. Wir müssen überschaubare Lebensbereiche schaffen, den Einzelnen und freie Gemeinschaften ermutigen, selbständig zu handeln und Verantwortung zu übernehmen. Wir müssen ernst machen mit dem Subsidiaritätsprinzip, einem wichtigen Ziel der christlichen Soziallehre.

Auch wir stehen hier erst an einem Anfang. Aber es ist uns in einigen Bereichen eine Umkehr des jahrelangen Trends gelungen:

- Unsere Schulen werden nicht weiter zentralisiert. Wir geben Millionen aus für die Erhaltung der derzeitigen Schulen im ländlichen Raum.
- Wir halten an der Ortschaftsverfassung fest und fördern die früher selbständigen Gemeinden in ihrer Entwicklung.
- Wir haben die ersten Gesetze aufgehoben und sind an einer großen Flurbereinigung auf dem Gebiet der Verordnungen und Erlasse.
- In ersten Schritten machen wir ernst mit einem Verlagern von Zuständigkeiten von den Ministerien auf die Mittelinstanzen und von dort auf untere Verwaltungsbehörden.

Diese Politik der Dezentralisierung und der Abkehr von der Normierung aller Lebensbereiche wird nur langfristig Erfolg haben und nur dann, wenn die Bürger diese Zielsetzung mittragen. Mittragen heißt: Verzicht auf perfekte Regelung aller denkbaren Beziehungen und Vorgänge und Verzicht auf jedes denkbare Rechtsmittel gegen jedes Verwaltungshandeln.

Derzeit überfordert der Staat die Bürger und die Bürger überfordern den Staat.

## II.

Dieses Land kam in den letzten 25 Jahren zu seiner heutigen Stellung, weil die Männer an seiner Spitze die Zeit zum Handeln nicht verpaßt, sondern genutzt haben. Die CDU hat diesem Land in 25 Jahren 4 herausragende **Ministerpräsidenten** gestellt.

Gebhard Müller

Kurt Georg Kiesinger

Hans Filbinger,

dem wir sehr herzlich danken, weil wir ihm viel verdanken,

und Lothar Späth,

unseren Spitzenkandidaten.

Diese Männer haben unser Land geprägt. Durch eine ebenso weitsichtige wie verlässliche Politik.

**Lothar Späth**, der heute dieses Erbe verwaltet, wird es auch mehrten.

Die Delegierten der CDU aus ganz Baden-Württemberg sind heute in Heidelberg zusammengekommen, um geschlossen gegenüber den Bürgern unseres Landes zu bekunden: Lothar Späth verdient am 16. März Ihr Vertrauen.

Unser neuer Ministerpräsident hatte einen denkbar guten Start. Er hat inzwischen die Mittelstrecke von eineinhalb Jahren im Sprint zurückgelegt und er wird sich auch auf der Langstrecke der nächsten Legislaturperiode als Meister erweisen.

Lothar Späth ist ein Mann, wie sie in der Wirtschaft unseres Landes als tüchtige Führungskräfte häufig zu finden sind: Qualifiziert mit einer grundsoliden Vorbildung, überlegt, mit Übersicht, erfahren, weltoffen. Er ist ein Mann, der in unser dynamisches Land paßt. Er reißt mit. Während andere grübeln, handelt er. Er ist erfolgreich, im ständigen Gespräch mit den Bürgern, im ganzen Land zu Hause, mit allen Problemen vertraut. Mit einem Satz: Ein Ministerpräsident, der sich sehen lassen kann, und ein Ministerpräsident, den wir sehen lassen können.

## III.

Ist **Erhard Eppler** noch sein Konkurrent im Kampf um das Amt des Ministerpräsidenten? Manchmal bekomme ich Zweifel. Beim Regierungswechsel vor einhalb Jahren sah er seine große Chance kommen. Heute ist der Abstand zwischen Späth und Eppler so groß, wie er zwischen Filbinger und Eppler immer war. Inzwischen ist ihm Lothar Späth im Rennen um den Spitzenplatz weit davongelaufen.

Statt nun selbst zu laufen und sich anzustrengen, zieht sich Eppler auf die Zuschauerloge zurück und gibt, wie ein Reporter, kritische Kommentare zum Laufstil seines Konkurrenten ab.

Späth läuft ihm zu schnell und auf zu vielen Plätzen. Dabei wäre es Epplers Aufgabe, selbst zu laufen, anstatt zu kommentieren und zu kritisieren.

In einem Punkt bräuchte sich Herr Eppler sicher nicht vom Ministerpräsidenten übertreffen zu lassen: in der Präsenz im Land. Er müßte für das Gespräch mit dem Bürger eigentlich mehr Zeit haben als der Regierungschef. Aber Eppler versteht den Bürger nicht und die Bürger verstehen Eppler nicht. Ortsvorsitzende der SPD schrieben an ihn: „Du bist viel zu sehr auf die Partei fixiert und denkst zu wenig an den Bürger.“

Herr Eppler hat ein Monopol für die Teilnahme an allen Podiumsdiskussionen über Kernkraft bis in den letzten Winkel des Bundesgebietes, aber seine Beiträge zur Landespolitik sind überaus spärlich.

Jedenfalls sind seine Beiträge für eine Hamburger Wochenzeitung zahlreicher als seine Beiträge zur Landespolitik in Baden-Württemberg. Nichts gegen Schriftsteller. Aber Herr Eppler bewirbt sich doch nicht um die Aufnahme in eine Zeitungsredaktion, sondern um das Amt des Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg. Davon bin ich naiverweise bisher ausgegangen und seine Partei wohl auch, als sie ihn zum Landesvorsitzenden und zum Fraktionsvorsitzenden gewählt hat.

Ich frage mich manchmal: Will Eppler eigentlich Ministerpräsident werden oder Futurologe am Starnberger See?

Er gibt sich zufrieden mit der Rolle des Propheten einer Minderheit, die immer kleiner, aber immer gläubiger wird. Immer mehr Abgeordnete der eigenen Frak-

tion predigt er aus der gläubigen Gemeinde hinaus. Das nennt man in der Fachsprache „Minuswachstum“.

Es war ein SPD-Landtagsabgeordneter, der an seinen Vorsitzenden schrieb: „Wer die Mitte verläßt, begibt sich auf den Weg der Sekte und darf sich nicht wundern, wenn er das Vertrauen der Bürger verspielt.“

Herr Eppler redet viel von Lebensqualität. Er sollte sich zunächst um Oppositionsqualität bemühen.

Wir haben in Baden-Württemberg keine Opposition im Wartestand, sondern eine Opposition im Ruhestand.

Das zwang die CDU-Landtagsfraktion schon unter ihrem Vorsitzenden Lothar Späth und dann unter seinem Nachfolger dazu, die Oppositionsfunktion in vernünftigem Umfang mit zu übernehmen. Das parlamentarische System muß ja schließlich funktionieren.

Die SPD zieht nicht am Karren der Landespolitik, sondern macht Tauziehen in den eigenen Reihen.

Die ganze Schwäche der SPD, die kein Verhältnis zu diesem Land und zur Landespolitik findet, soll nun übertüncht werden durch Helmut Schmidt. Heute treten Schmidt und Eppler als Zweieinigkeit in Sindelfingen auf und nach der Fastnacht werden sie gemeinsam plakatiert.

In Wirklichkeit trennt die beiden ein Abgrund.

Die Bürger haben genau verfolgt, daß Herr Eppler auf dem Berliner Parteitag in beiden entscheidenden Fragen, der Nachrüstung und der Kernenergie, nicht der Partner Helmut Schmidts gewesen ist, sondern sein Gegner.

Die Einheit in der SPD nach dem Berliner Parteitag ist so stabil wie eine Mauer, die nur noch von Efeu zusammengehalten wird.

Herr Eppler geht in der entscheidenden Frage der deutschen Politik den Dingen so lange auf den Grund, bis er aufsitzt.

Er versucht so lange den Kern einer Zwiebel herauszuschälen, bis er nichts mehr in der Hand hat.

Herr Eppler hat eine tiefe Skepsis gegenüber jedermanns Meinung, nur nicht gegenüber seiner eigenen.

Seine Haltung zur Kernenergie ist bekannt. Der Gipfel seiner politischen Weisheit war die Warnung, ein Nachrüstungsbeschluß der NATO sei eine Provokation Moskaus.

Der Eppler des Jahres 1979 ist also wieder genau dort angekommen, von wo er in den fünfziger Jahren in der GVP Heinemanns ausgegangen ist: bei der Aufgabe der Bündnispflichten der Bundesrepublik unter Inkaufnahme aller absehbaren Folgen für unser Land.

SPD-Politik vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg läßt sich also auf die Kurzformel bringen:

Mit Schmidt und Eppler  
für und gegen Kernkraftwerke.

Mit Schmidt und Eppler  
für Marktwirtschaft und Investitionslenkung.

Mit Schmidt und Eppler  
für und gegen die Nachrüstung der NATO.

Wenn das keine klare Politik ist.

Nach dem Berliner Parteitag sagte Herr Eppler zu Herrn Schmidt: „Nicht jeder Sieg ist auch ein Gewinn“.

Der SPD Baden-Württemberg, die Herr Eppler als Spitzenkandidaten zur Landtagswahl gewonnen hat, möchte ich frei nach Eppler sagen: „Nicht jeder Gewinn ist auch ein Sieg.“

#### IV.

Bleibt noch die „Dritte Kraft“. Die **FDP** hätte ich glatt vergessen, wenn sie sich nicht auf dem Dreikönigstreffen vor 14 Tagen selbst so lautstark in Erinnerung gebracht hätte.

Seit dem Dreikönigstreffen irren die Könige im Land umher, weil der Stern der FDP nicht aufgegangen ist.

Die FDP hält es nicht mit dem Stern, sondern mit dem Lauf der Sonne. In Baden-Württemberg ist sie mit 20 Prozent aufgegangen, mit Reinhold Maier stand sie im Zenit und jetzt ist sie mit 5 Prozent am Untergehen.

Der FDP fällt zur Landespolitik nichts anderes ein, als Machtmißbrauch zu rufen, wenn wir mit Mehrheit einen Antrag annehmen und einen anderen ablehnen. Wenn eine Partei mit 5–7 Prozent Stimmen im Bund und in fast allen Ländern regiert und das Geschehen bestimmt, dann ist das demokratisch und in Ordnung. Wenn eine andere Partei mit 51 Prozent oder 57 Prozent der Stimmen regiert und das Geschehen bestimmt, dann ist das Machtmißbrauch und undemokratisch.

Wenn die CDU als stärkste Partei aus Wahlen hervorgeht, in Hessen, in Nordrhein-Westfalen, in Berlin, im Bund, mit 45 Prozent und 47 Prozent und 48 Prozent, und dann von der FDP in die Opposition geschickt wird, dann ist das demokratisch und in Ordnung. Wenn die CDU über 50 Prozent erhält und von ihrer Mehrheit Gebrauch macht, dann ist das empörend und Machtmißbrauch.

So einfach ist das Weltbild der FDP, so einfach und deshalb auch für jedermann durchschaubar.

Wir haben unsere Mehrheit nicht gestohlen, sondern vom Wähler erhalten, um CDU-Politik zu machen und nicht FDP-Politik. FDP-Politik kann man gar nicht machen, weil kein Mensch weiß, was das ist.

FDP-Politik, die kann man jeden Morgen neu am Wetterglas ablesen: Veränderlich.

Mit so wenig Profil wird die FDP Baden-Württembergs nicht über den Winter kommen.

## V.

Meine Damen und Herren!

Zu einem Wahlkampf gehört gewiß auch die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Aber eine Partei, die Regierungspartei ist und bleiben will, muß vor allem zwei Ansprüchen genügen. Sie muß Rechenschaft geben über ihre seitherige Arbeit. Das habe ich einleitend getan. Und sie muß Leitlinien für die Zukunft aufzeigen.

Man sagt Politikern nach, sie vermöchten nicht über den Tellerrand des nächsten Wahltermins hinauszublicken. Wir widerlegen dieses Vorurteil und haben unsere Politik mittelfristig angelegt. Unsere Zielvorstellungen bleiben Schwerpunkte für die nächste Legislaturperiode.

Die Sorge für die Familie, für die junge Generation, für eine gute Erziehung und Ausbildung, für eine Stärkung der Selbstverwaltung, für den Schutz unserer Umwelt und Landschaft, für eine ausreichende Energieversorgung, für die Erhaltung der inneren Sicherheit, stehen auch in Zukunft im Mittelpunkt unserer Politik.

Wir müssen die Verfassung, das Fundament unseres Gemeinwesens wieder ernstnehmen.

Die **Verfassung** darf nicht einfach im Bücherschrank stehen. Ihre Grundrechte sind verpflichtend für jedermann, ihre Grundwerte sind die Grundregeln für ein menschenwürdiges Zusammenleben, ihre Erziehungsziele sind die Grundlage für jeden Unterricht in der Schule.

Wir müssen die Werte unserer Verfassung **offensiv** vertreten und aus der geschriebenen Verfassung eine gelebte Verfassung machen.

**Die entscheidende Aufgabe politischer Führung ist es, das Bewußtsein der Öffentlichkeit für die Mitverantwortung der Bürger zu wecken.**

Ein demokratisches Gemeinwesen überlebt nicht, wenn einige Profis sich um die öffentlichen Dinge kümmern und die große Zahl der Bürger in einer Zuschauerhaltung verbleibt und ein Anspruchsdenken pflegt.

Die 80er Jahre werden Verzicht von uns fordern, die Abkehr von mancher bequemen Gewohnheit. Darauf müssen wir die Bürger vorbereiten.

Neue soziale Fragen sind entstanden. Die CDU hatte als erste Partei den Mut, die Erfordernisse einer Sozialpolitik für das ausgehende 20. Jahrhundert weiterzudenken.

**Viele Probleme unserer Mitmenschen sind nicht zu lösen durch den Staat, sondern nur durch menschliche Zuwendung, mitmenschliches Verhalten, altmodisch ausgedrückt: durch Nächstenliebe.**

Mehr Menschlichkeit. Das ist eine Forderung an die Politik. Mehr Menschlichkeit wurde erreicht durch die Sozialpolitik der 50er- und 60er-Jahre auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft: Kriegsopferversorgung, dynamische Rente, Lastenausgleich, Altershilfe für die Landwirte, Betriebsverfassungsgesetz, um nur einige Reformmaßnahmen zu nennen, die den Namen Reform wirklich verdienen. Mehr Menschlichkeit kann erreicht werden durch eine bessere Familienpolitik, durch Hilfe in sozialen Notlagen.

**Mehr Menschlichkeit, das ist aber weniger eine Parole für Plakate, als eine Forderung an jeden einzelnen Bürger.**

**Eine menschliche Gesellschaft ist kein Konsumgut, das man von anderen, vom Staat bekommt, sondern das Ergebnis eigener Leistung und das Ergebnis mitmenschlichen Verhaltens der Bürger.**

Wer den Menschen jahrelang Freiheit zur Selbstverwirklichung, Freiheit von Bindungen einredet, braucht sich doch jetzt nicht über ein Defizit an Mitmenschlichkeit zu beklagen.

Wer neben Rechten auch Pflichten sieht, neben den eigenen Ansprüchen auch die Erwartungen der Mitmenschen, wer sich in Freiheit für den Dienst am Nächsten entscheidet, wer Selbstverwirklichung durch Mitverantwortung findet, der leistet einen Beitrag für eine menschliche Gesellschaft.

Auch eine gute Zukunft ist ein Konsumgut, auf das man Ansprüche erhebt und das dann vom Staat geliefert wird.

Politik kann nur Wege weisen, auf Gefahren aufmerksam machen, den Weg gehen muß dann jeder einzelne Bürger.

Je deutlicher wir machen können, daß unsere Politik sinnvolle Wege in die Zukunft weist, desto mehr wird auch die Jugend auf uns setzen.

Wir wollen der jungen Generation Berufschancen und Lebenschancen eröffnen.

Wir dürfen den Jungen keine Resignation einreden. Wir müssen ihnen Ziele setzen und Aufgaben zeigen, sie bei ihrer Verantwortung packen. Aber wir müssen auch ihre kritische Fragen ernstnehmen.

Jugendpolitik ist aber keine isolierte Sache. Sie steht und fällt mit der Glaubwürdigkeit unserer Gesamtpolitik.

Eine Politik, die nichts fordert, sondern allen alles verspricht, eine Politik, die die Illusion erweckt, alles sei machbar, alle Probleme seien lösbar, eine solche Politik wird in den 80er Jahren sehr schnell an ihre Grenzen stoßen.

Die Zeit der Macher in der Politik geht bald zu Ende. Heute durchschaut jeder Bürger, daß die Probleme schneller zunehmen als die Lösungskapazität, und daß das schnelle Stopfen eines Lochs oft mit dem Aufreißen eines größeren erkaufte wird.

Unsere Chance liegt nicht in tausenderlei Aktionen, nicht in der Kurzatmigkeit, nicht in der Schlagzeile des nächsten Tages.

Die Bürger in Baden-Württemberg, zumal unsere Wähler, erwarten von uns Kontinuität, Solidität, Seriosität.

Wir sind nicht in einem Sechstage-Rennen, wo man sich durch laufende Zwischenspurts Tagesprämien holen muß.

Wir haben 4 Jahre gearbeitet, bürgernah und zuverlässig

Ab heute setzen wir zum Endspurt an für den 16. März.

Wir bitten die Bürger Baden-Württembergs um ihr Vertrauen für Lothar Späth und für die CDU.

## I. Die Bilanz

Die acht Jahre einer von der CDU geführten Landesregierung in Baden-Württemberg sind dem Land sehr gut bekommen und sind die erfolgreichsten Jahre in der Geschichte Baden-Württembergs. In dieser Zeit haben wir zusammen mit den Bürgern viel für unser Land geleistet. **Baden-Württemberg ist heute auf zahllosen Gebieten führend in der Bundesrepublik.**

### 1. Die wirtschaftliche Situation

#### a) Was wir geleistet haben

Durch den Fleiß unserer Bürger sind wir ein wohlhabendes Land mit hoher Wirtschafts- und Steuerkraft geworden. **Mittelstand und Industrie sind weit überdurchschnittlich entwickelt. Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit sind weitgehend bewältigt.** Die Selbständigen-Zahlen steigen. Die Exportstärke des Landes ist ungewöhnlich hoch. Gemeinsam haben wir die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge geschafft. Dies alles ist auch ein Ergebnis unserer Politik. Sie bekennt sich zur **Sozialen Marktwirtschaft**, nicht zum Sozialismus, in welcher Form auch immer.

Wir haben den **Mittelstand** mustergültig gefördert, die Entwicklung **aller Landesteile** vorangebracht, für die Jugendlichen das Konzept „**Chancen der jungen Generation**“ entwickelt und durchgeführt. Den hohen **technischen Stand** und die **Exportchancen** des Landes haben wir gezielt unterstützt. Wir haben die **berufliche Bildung** gefördert wie kein anderes Bundesland. Ausreichende **Verkehrswege** und eine **sichere Energieversorgung** waren bei uns in guten Händen – kurzum: Wir haben alles getan, um Baden-Württemberg wirtschaftlich an die Spitze zu bringen und dort zu halten.

Alle haben davon Nutzen gehabt. Allen voran die Arbeitnehmer, denn Arbeitsplatzsicherheit, Einkommen und Besitz, soziale Sicherheit, sind bei uns überdurchschnittlich. **Die Arbeitnehmer, die uns schon 1976 mit absoluter Mehrheit gewählt haben, wissen, daß die CDU von Wirtschaftspolitik wirklich etwas versteht** und daß sie Politik für die Arbeitnehmer praktisch macht – ohne ideologische Engstirnigkeit und theoretisches Herumspintisieren. Die CDU steht für wirtschaftlichen Erfolg, für jenen technischen Fortschritt und das Wachstum, die wir brauchen, um unser hohes wirtschaftliches und soziales Niveau zu halten.

#### b) Was sich die Opposition geleistet hat

Der Sozialismus allgemein und jener von Herrn Eppler speziell überzeugen un-

sere Arbeitnehmer nicht und er nützt ihnen nichts. In drei entscheidenden Fragen hat die SPD dieses Landes versagt: In der Frage der **Arbeitslosenbekämpfung** hatte sie kein Rezept. In der Frage der Sicherung der Nettolöhne durch **Steuersenkung** schon ab 1980 hat sie sich verweigert. Und in der Frage der **Energiesicherung** faßt die Eppler-Partei Beschlüsse ohne Verantwortung für das wirtschaftliche Schicksal unseres Landes. Wer so verantwortungslos redet, dem kann man keine Verantwortung übertragen.

## 2. Die bildungspolitische Situation

### a) Was wir geleistet haben

Baden-Württemberg ist unter Führung der CDU nicht nur ein wirtschaftsstarkes Land geworden. Es hat auch im Bereich der Gesellschafts- und Sozialpolitik Spitzenplätze erobert, die es zu verteidigen gilt. Denken wir an die **Versorgung mit Lehrern in den Schulen**, die die beste unter allen Flächenstaaten des Bundesgebietes ist. Oder denken wir an den Hochschulreichtum bei uns im Lande. Rund 10 000 Studenten aus anderen Bundesländern studieren bei uns, mehr als baden-württembergische Studenten außerhalb unseres Landes. In der finanziellen Ausstattung der **wissenschaftlichen Forschung** belegen wir Platz 1. Für die **Theater, die Orchester und Museen**, die Ausbildung junger Musiker, für die Künstler leisten wir Vorbildliches und Anerkanntes.

Bei der **Inneren Schulreform** hin zu einer kindgerechten Schule, **die ihren erzieherischen Auftrag erfüllt**, die Kinder entlastet und sie rundherum fördert, sind wir das Land, von dem bahnbrechende Impulse ausgegangen sind. Wir haben das **Heimat-, das Geschichts- und das Landesbewußtsein** gepflegt, die **Vereine und den Sport** im großen Stil gefördert. Auch die staats- und bildungspolitische Arbeit der Vertriebenen wurde nicht vergessen. In welchem Land hätten die Feiern zum 25jährigen Bestehen des Landes solchen Anklang finden können? Wo wäre etwas wie eine Stauferausstellung dieser Größe möglich gewesen? Wo eine solche Begeisterung wie bei den Heimattagen Baden-Württemberg? Wir sagen Ja zu einem freien und weltoffenen, aber auch zu einem sittlich verantwortlichen und heimatverbundenen Bildungs- und Kulturleben unseres Landes.

### b) Was sich die Opposition geleistet hat

Die Eltern unseres Landes haben nicht gegen gleichmacherische **Gesamtschulen und rote Bildungsinhalte in „Rahmenrichtlinien“** protestieren müssen. **Kommunisten und Rechtsextremisten als Lehrer** haben wir konsequent verhindert. Es ist auch nur die Sache von SPD und FDP gewesen, noch immer einer **falschen Theoretisierung und Akademisierung** der Bildung das Wort zu reden. Während die Schulen vielfach durch verfrühte Verwissenschaftlichung Schaden nehmen, leiden die Universitäten unter einer falschen Verschulung. SPD und FDP auch sind es, die jeden, **der Lehrer werden möchte, ohne Rücksicht auf Bedarf und Finanzierbarkeit** beim Staat auf Lebenszeit einstellen wollen.

Die Linken möchten mit der Bildungspolitik einen neuen Menschen erreichen, um damit eine neue Gesellschaft zu errichten. Dies widerspricht unserer politischen Grundauffassung und unserem christlichen Menschenbild. Die Kinder und Jugendlichen Baden-Württembergs sind uns nicht zu Experimenten einer Umerziehung anvertraut, sondern um sie auf ihr eigenes Leben vorzubereiten. Ein leistungsfähiges Bildungssystem ist uns wichtiger als ein sogenanntes fortschrittliches, das durch Gleichmacherei und Verzicht auf Leistung letztlich rückschrittlich wäre. Und eine junge Generation, die **mit den erreichten Bildungsabschlüssen auch praktisch etwas anfangen kann**, ist uns lieber als eine Generation, vor der wir uns eingestehen müssen, ihr falsche Hoffnungen gemacht zu haben.

Die Jugend unseres Landes hat dies anerkannt: **1976 gab uns praktisch jeder zweite Jungwähler seine Stimme**. Auch bei der Europawahl 1979 ist die CDU Baden-Württembergs in allen Altersgruppen vorn gelegen.

## 3. Die soziale Situation

### a) Was wir geleistet haben

Die CDU unseres Landes hat auch in der Gestaltung der sozialen Verhältnisse auf vielen Feldern Baden-Württemberg an die Spitze geführt. Unser Land ist **auf Platz 1**, ob wir an die **Kindergartenplätze** denken, die **Sozialstationen**, die **Suchtmittelbekämpfung**, die Rehabilitation der **Behinderten**, das weite und immer wichtiger werdende Feld der **Familienpolitik**. Mit dem Familiengeld haben wir einen Meilenstein auf dem Weg zur Anerkennung der Tätigkeit von nichtberufstätigen Müttern gesetzt.

Wir haben große Anstrengungen **auf neuen Gebieten** unternommen, z. B. bei der **Stadt- und Dorferneuerung** und der **Denkmalpflege**. Wir haben alle Landesteile gefördert, um vergleichbare Lebensverhältnisse zu schaffen. Ordnet man die 230 Landkreise der Bundesrepublik nach ihrer Strukturstärke, so ergibt sich eine bemerkenswerte Rangfolge: **Im ersten Drittel dieser 230 Landkreise befinden sich 26 unserer 35 Kreise**. Im zweiten Drittel befinden sich die übrigen baden-württembergischen Landkreise. Im dritten Drittel ist kein einziger Landkreis unseres Landes vertreten.

Im **Umweltschutz** können wir stolz auf das Geleistete blicken und feststellen: Die **Müllkippen** sind verschwunden. Die **Gewässerqualität** hat sich entscheidend gebessert – in den vergangenen Jahren teilweise um 30 bis 40 Prozent. Wir haben das modernste **Naturschutzgesetz** im Bundesgebiet. 16 Prozent der Landesfläche unterstehen dem **Natur- und Landschaftsschutz**. Unser Landschaftsverbrauch ist trotz aller Probleme noch so gering, daß wir mit **90 Prozent nichtbebauter Fläche** nach Bayern und Schleswig-Holstein die „meiste Natur“ haben. Ja, wir haben es fertiggebracht, nicht nur das industriereichste Land der Bundesrepublik zu sein, wir produzieren auch am wenigsten Abfall pro Beschäftigten, wir sind das zweitgrößte Fremdenverkehrsland der Bundesrepublik, das mit den meisten Bädern, den meisten Solaranlagen, der bestge-

förderten Landwirtschaft. **Uns ist es gelungen, was grüne und rote Modetheorien nicht für möglich halten: Die Versöhnung von wirtschaftlichem Erfolg mit sozialen Leistungen, von technischem Fortschritt mit gesunder Natur und einer lebenswerten Umwelt.**

#### b) Was sich die Opposition geleistet hat

Die Linke in unserem Land will das nicht wahrhaben. Für sie ist **Umweltschutz ein Vorwand zur schleichenden Systemveränderung.** Sie hat um die **Kernenergiefrage einen Glaubenskrieg** entfacht, den sie selbst nicht mehr beherrscht. Sie fordert immer mehr sogenannte **staatliche Humandienstleistungen** – also öffentliche Fürsorge für den Bürger – aber sie verkennt, daß wir auch darin bereits einen Spitzenplatz zu verteidigen haben und daß deshalb nun andere Probleme vordringlicher sind. Die sogenannten progressiven Kräfte **bekritteln unsere Familienpolitik**, weil für sie die Familie eine überholte Institution ist. Sie werden uns Prüfsteine der Sozialpolitik vorlegen und müßten doch anerkennen, daß die sozialen Verhältnisse in Baden-Württemberg vorbildlich sind.

Wir fragen die Bürger: Was hätten denn SPD und FDP nun wirklich besser gemacht? Hätten sie verantwortlicher gehandelt? Sind sie sozialer? Da, wo Sozialisten in der Regierung stehen, haben sie bewiesen, daß sie das nicht sind. Sie nennen sich sozial, aber sie wollen nur den Sozialismus.

## 4. Die Situation der Freiheit

#### a) Was wir geleistet haben

Die CDU Baden-Württemberg hat schließlich Bedeutendes geleistet, um das Verhältnis des Bürgers zum Staat zu verbessern. Wir haben den **Bonner Zentralismus** attackiert, sei es in der Bildungspolitik, der Verkehrspolitik oder der Finanzpolitik. Wir sind konsequent für eine **Rückgabe der inflationsbedingten Mehreinnahmen des Staates an den Bürger** eingetreten. Wir haben **Bürgernähe zu einem Markenartikel** gemacht und dabei den Umfang der Gesetze, Verordnungen und Statistiken verringert, Zuständigkeiten „nach unten“ verlagert, Maßnahmen für eine bessere Verwaltungspraxis ergriffen. Unser Ministerpräsident Lothar Späth hat im Unterschied zu Oppositionschef Eppler seine vornehmliche Aufgabe nicht darin gesehen, mit irgendwelchen politischen Theorien seine Partei in Bonn zu bedrängen, sondern mit politischer Praxis den Bürgern im Lande zu helfen. **Bürgernähe setzt eben auch voraus, daß man mit den Bürgern reden kann und will.**

Wir haben die Innere Sicherheit erheblich verbessert; für die Stärkung der Polizei gaben wir in den letzten Jahren Milliarden aus und **im Bundesrat** haben wir uns konsequent für den Schutz der rechtstreuen Bürger eingesetzt, **gegenüber Kriminalität und Terror.** Dazu war gerade in den vergangenen Jahren Anlaß genug. Die CDU war es auch, die dem konzentrierten Feuer interessierter Kreise **beim Thema Extremistenerlaß nicht nachgegeben** hat und dafür auch

die öffentliche Schelte hingenommen hat, im Bewußtsein, das Notwendige im Interesse unserer Demokratie zu tun und dafür vom Bürger unterstützt zu werden. Die CDU ist in der Frage der Abwehr von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst nicht auf einem Auge blind, sondern **ihre Ablehnung gilt Links- und Rechtsextremisten.** Das rechtsstaatliche Prüfungsverfahren, in dem sogenannte Jugendsünden und Bagatelldfälle nicht berücksichtigt werden, ist einem liberalen Rechtsstaat angemessen.

#### b) Was sich die Opposition geleistet hat

Was war die Haltung der SPD und der FDP in diesen Fragen? Waren sie bereit, die Interessen des Landes gegenüber den Genossen in Bonn zu vertreten oder haben sie **Parteilpolitik vor Landespolitik** gesetzt? Waren sie bereit, den Bürger vor einer immer drückenderen Steuerlast zu befreien oder mußten sie nach dem Wahlkampfahhrplan aus Bonn handeln? Haben sie sich an unserem Bemühen um mehr **Bürgernähe** mit eigenen Vorschlägen beteiligt, um wieder mehr Freiheit, Privatinitiative und Selbstverantwortung zu schaffen, oder haben sie an unserer zähen Arbeit nur herumgemäkelt? Haben sie dieses freiheitliche Baden-Württemberg davor bewahrt, in den Schmutz gezogen und als „Schnüffelstaat“ bezeichnet zu werden, oder waren es nicht gerade **sie selbst, die diese „Berufsverbot-Kampagnen“ schürten und sich dabei nicht scheuten, zusammen mit Kommunisten aufzutreten?** Wohin man sieht: SPD und FDP standen nicht auf der Seite des Bürgers – wenn schon nicht in der Opposition, was würden sie dann erst in der Regierung anstellen?

Die Bilanz ist positiv für die CDU – auch wenn wir nicht bestreiten wollen, daß wir Fehler gemacht haben, daß wir nicht alles verwirklichen konnten und daß neue Probleme vor uns stehen. **Aber die CDU Baden-Württemberg hat auch nicht die Absicht, sich nach getaner Arbeit aus der Verantwortung zurückzuziehen.** Die neuen Aufgaben fordern uns so sehr wie die bisherigen. Und wir wollen und werden sie so wie die bisherigen Aufgaben auch lösen. Die CDU Baden-Württemberg kann dabei ein großes Kapital an Vertrauen und Erfahrung in die künftige Regierungsarbeit einbringen. **Wir können getrost vor den Bürger hintreten und erneut um seinen klaren Vertrauensbeweis bitten.**

## II. Die Alternativen

### 1. CDU oder SPD/FDP

Zunächst stehen unsere Mitbürger einfach vor der Frage, ob die bisherige erfolgreiche Landespolitik der CDU, die mit den Namen Hans Filbinger und Lothar Späth verbunden ist, fortgeführt werden soll oder ob sie einen Regierungswechsel wollen.

**Es geht um die Frage „Kontinuität durch Sicherung und Ausbau“ oder „Veränderung durch Ideologie und Experimente“.** Welchen Grund sollten unsere Bürger haben, ein Linksbündnis aus SPD und FDP zu wählen? Beide Parteien haben landespolitisch keinen Stich getan. Die CDU dagegen hat sich voll **auf die Landespolitik konzentriert** und sie ist **mit diesem Land in vielfältiger Weise verbunden**.

### 2. Lothar Späth muß Ministerpräsident bleiben

Es geht weiter um die Alternative Lothar Späth oder Eppler. Der Oppositionsführer im Landtag hat auch in den vergangenen vier Jahren die über ihn weit verbreiteten Urteile gerechtfertigt. Er hat sich erneut als jemand erwiesen, der **Mißstände für das Ganze nimmt** und so ein verzerrtes Bild von der Wirklichkeit zeichnet. Der nicht mit dem Bürger spricht, sondern **über ihn hinweg**. Dem **Rechthaberei** wichtiger ist als eine praktische Lösung. Der seine innerparteilichen Kritiker in einer Weise sogar **öffentlich schulmeistert**, die Mitgefühl für seine Opfer aufkommen läßt. Der in seinem Eifer **zwar noch einige Gesinnungsgenossen** hat, aber keine Freunde und Verbündeten mehr. Eppler hat sich in seiner Partei isoliert und er hat **die SPD im Lande isoliert**. Die CDU beklagt dies nicht, sie stellt es fest und fragt: Was würde ein Ministerpräsident Eppler erst mit einem Land machen, wenn schon der Parteivorsitzende Eppler aus seiner Partei eine **Eppler-Partei** gemacht hat?

Als Kandidat der Linken, selbst in der SPD, **fehlt ihm die Integrationskraft, ja schon der Wille zum Kompromiß** und es fehlt ihm damit in unserem Lande mit seinen Bürgern, die einen Sinn für das Praktische, das Lebensbejahende und das Freiheitliche haben, eine entscheidende Führungseigenschaft. **Dieses Land ist keine Spielwiese für einen sozialistischen Weltverbesserer.**

Die Baden-Württemberger wollen jemanden in der politischen Verantwortung, mit dem sie sich verbunden fühlen, der aus ihrer Mitte kommt, der mit ihnen lebt, der sie versteht, in dem sie ihre eigenen Eigenschaften wiederfinden, mit denen sie dieses Land geprägt haben.

## 3. Die Verantwortung des Landes im Bundesrat

Am 16. März 1980 geht es auch um die Stellung Baden-Württembergs im Bund. Das Grundgesetz spricht sich für eine Mitwirkung der Länder an der Politik des Bundes aus. Diese Mitwirkung geschieht selbstverständlich nach den politischen Grundsätzen, die auch unsere Landespolitik kennzeichnen und für die uns die Bürger den Auftrag gegeben haben. Wir haben im Bundesrat viele Fehler der Bonner Koalition korrigiert und für die Interessen ganz Deutschlands genutzt. Die kommende Wahl entscheidet darüber, ob es zu einer politischen Gleichschaltung mit der gegenwärtigen Bundesregierung und zu mehr Zentralismus kommen soll, **oder ob die Politik des Bundesrates auch in Zukunft mehrheitlich von den CDU/CSU-regierten Ländern getragen wird.**

### 4. Abrutschen in den Sozialismus

Vor allem stehen unsere Bürger vor grundlegenden politischen Weichenstellungen. Wer als Wähler vor der Frage steht, wieviel Sozialismus es bei uns geben soll, der muß wissen, **in welchem Zustand sich der Sozialismus heute befindet** und welche Folgen er für ein Land hat.

Die sozialistische Ideologie stammt aus dem vergangenen Jahrhundert. Sie ist eine Ideologie der **Gleichmacherei statt der persönlichen Freiheit**. In der Bildungspolitik und der Steuerpolitik, in der Familienpolitik, der Rechtspolitik und der Sozialpolitik sieht der Sozialismus die Möglichkeit, den Menschen und die Gesellschaft zu nivellieren, **aus dem Einzelnen nur noch ein Duplikat eines Einheitsmenschen** zu machen, Leistungen zu bestrafen und **persönliche Bindungen abzubauen** und zu zerstören, um ihn dann umzuerziehen. Diese verheerende Mischung aus Dirigismus und Gewährenlassen, der Zunahme äußerer Normen des Staates bei Abbau der inneren Normen im Menschen muß ein Land zwangsweise in tiefe innere Krisen stürzen.

Der Sozialismus ist weiter eine Ideologie des **Kollektivismus statt der gesellschaftlichen Freiheit**. Die Soziale Marktwirtschaft und die wirtschaftliche Selbständigkeit sind nicht einmal sein Ziel, **er will mehr Kollektivismus und mehr Staat**, ob für die Wirtschaftssteuerung, ob bei der Vermögensbildung, im Gesundheitswesen oder bei den Medien. Der Sozialismus hat noch immer **nicht seinen Frieden mit dieser unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gemacht**. Die Programmaussagen der SPD belegen dies eindrücklich.

Dadurch stehen die Sozialisten heute vor unlösbaren Problemen: Die **marxistischen Elemente** ihrer Chefideologen passen nicht zu einer Politik der **praktischen Bewältigung** von selbsterzeugten Krisen. Die Strategie der Umverteilung ist unvereinbar mit der gleichzeitig betriebenen **Wachstumskritik** und einer politisch gewollten Gefährdung der wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten. Das Streben nach **immer mehr Staat** steht im Widerspruch zur man-

gelnden Bereitschaft, den **Staat gerade da handlungsfähig zu machen**, wo er es sein muß: Im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit.

Die Dauerkritik von links an unserer Gesellschaftsordnung ist **nicht die Folge**, sondern vielmehr die **Ursache für eine verbreitete Unsicherheit und Abwendung gerade der jungen Generation**. Die hemmungslose Befriedigung **heutiger Konsumwünsche** und einer selbsterzeugten Erwartungshaltung geht auf Kosten unserer **wirtschaftlichen Möglichkeiten und unserer Staatsfinanzen in der Zukunft**. Die Fehler heutiger sozialistischer Politik werden nicht zum Anlaß einer Kurskorrektur in Richtung auf mehr Freiheit genommen, sondern ziehen nur **noch radikalere Forderungen** nach sich.

Mit anderen Worten: **Der Sozialismus ist eine schiefe Ebene**. Er kann nicht funktionieren. Er gerät in innere Widersprüche und in Widersprüche zur Wirklichkeit. Er ist nicht handlungsfähig. Seine Ideologen werden damit noch radikaler. Doch vor dem Wähler kann er nur bestehen, wenn er gerade nicht mit seinen eigentlichen Zielen wirbt. Diese Widersprüche haben nicht unser Land unregierbar, wohl aber die SPD regierungsunfähig gemacht. Nach dem Berliner Parteitag der SPD gilt: **Die SPD darf nicht machen, was sie will und sie darf nicht sagen, was sie macht**.

In dieser Situation kommt der CDU, ob in der Regierung bei uns im Land oder noch als Opposition im Bund eine **strategische Haltefunktion** zu: Was wäre, wenn es die CDU nicht gäbe, kann man ablesen an dem, was die SPD als Partei eigentlich will. **Doch das Schlimmste zu verhindern, ist zu wenig. Notwendig ist, das Richtige zu tun**. Das Richtige für die Freiheit unserer Bürger, die Sicherheit unseres Landes und die Zukunft unserer Wirtschaft. Jede Wahl, auch die am 16. März 1980, ist eine Möglichkeit, **dem Sozialismus die Grenzen zu setzen**, die er sich selbst nicht setzen will.

## 5. Mit der FDP gegen den Sozialismus?

Diese Grenzen setzt auch nicht die FDP. Sie hat ihre liberale Substanz und damit auch ihr Gewicht, ja **den Sinn ihrer Eigenständigkeit, verloren**. Der Wähler hat dies auch zum Ausdruck gebracht. Wer seit über 10 Jahren mit der SPD regiert und in der weit überwiegenden Zahl aller Linksbündnisse in Bund und Ländern erst dadurch der zweitstärksten Partei zur Mehrheit verholpen hat, der kann nicht mehr liberal sein, ja er hat nicht einmal mehr die Freiheit, den Koalitionspartner zu wechseln. **Die FDP ist an die SPD gekettet. Sie gibt vor, zu korrigieren, was erst sie ermöglicht: Die Herrschaft der SPD**. Das ist nicht glaubwürdig. Der Erfolg der CDU Baden-Württemberg beruht auch darauf, daß der Bürger **in der CDU jene liberalen Elemente gefunden** hat, die er bei der FDP vermißt. Daran hat sich nichts geändert, auch wenn die FDP in der Zeit vor den Wahlen gerne ihre liberale Unschuld beweisen möchte. **Die historische Tatsache, daß die FDP den Sozialismus in der Bundesrepublik nach Kräften gefördert hat, ist aber das Entscheidende**. Wenn nun die FDP vorgibt, in

der Koalitionsfrage offen zu sein, tatsächlich aber Forderungen erhebt, die sie nur mit der SPD verwirklichen könnte, dann **täuscht sie den Wähler**.

## 6. Die Grünen als Alternative?

Täuschung des Wählers ist es auch, aus dem Bedürfnis der Menschen nach Gesundheit und Natur, nach Sicherheit und Orientierung eine politische Protestbewegung zu machen, die dem Wähler als „Grüne Partei“ angeboten wird. Tatsächlich handelt es sich hier weithin um eine **außerparlamentarische Opposition** von Personen und Gruppen, die noch weit links von der SPD stehen. **Der Umweltschutz dient als Deckmantel und Mittel**, um das zu erreichen, was die linke Szene, z. B. mit ihrem Kampf gegen die Westintegration der Bundesrepublik, die Wiederbewaffnung, die Notstandsgesetze oder freie und leistungsfähige Hochschulen in den fünfziger- und sechziger Jahren nicht erreicht hat. **Die Grünen sind keine sachlich ernstzunehmende politische Partei**, weil sie aus einer **Anti-Haltung** heraus leben und den Eindruck zu erwecken suchen, alle Probleme und Aufgaben seien aus einem Punkt heraus zu sehen und zu lösen. In dieser Situation laufen viele über die technologische Entwicklung unserer industriellen Welt ernsthaft besorgte Mitbürger Gefahr, für politische Ziele mißbraucht zu werden, die sie selbst gar nicht anstreben. Der Umweltschutz selbst ist eine zu ernste Sache, um als Stimmenfang für die Linke zu dienen.

Die zukünftigen Probleme werden nicht gering sein. Die **Bevölkerungsentwicklung**, die **Energieversorgung**, unsere **Chancen auf den Weltmärkten**, die **öffentlichen Schulden** – all dies sind erhebliche Vorbelastungen. Aber: Die CDU Baden-Württemberg hat in allen Widrigkeiten unserer Tage dieses Land an die Spitze geführt. **Sie ist bereit und in der Lage, seine herausragende Position auch in der Zukunft zu sichern und auszubauen**. Darum wird es in den achtziger Jahren im Lande gehen. Wir versprechen nicht das Paradies. Aber wir stehen dafür, daß dieses Land sich in Ruhe weiterentwickeln kann.

Dies heißt, in der Zeit von 1980 bis 1984 Antworten auf drei zentrale Fragen zu finden:

Wie wird die **wirtschaftliche Zukunft** des Landes gesichert?

Wie erreichen wir eine **menschengerechte Umwelt**?

Wie schaffen wir **mehr Freiheit** und weniger Kollektivismus?

### III. Das Programm

Die CDU Baden-Württemberg verspricht den Bürgern unseres Landes, ihre Kraft auf diese drei Fragen zu konzentrieren. Sie kann nicht Ergebnisse garantieren, sie kann aber ihren entschlossenen Willen dokumentieren und ihr ehrliches Bemühen zusagen. Was nehmen wir uns dabei konkret vor?

#### 1. Wir sichern die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes:

Die Wirtschaftskraft Baden-Württembergs zu sichern und auszubauen ist unsere wichtigste Aufgabe. **Diese Wirtschaftskraft ist die Grundlage für alle anderen Bereiche**, seien es genügend Arbeitsplätze, ausreichende Steuerkraft oder die allgemeine Wohlfahrt. Unser Land ist deshalb stark, weil es über hervorragende Arbeitnehmer verfügt, hoch entwickelt ist, eine vielfältige, mittelständische Wirtschaftsstruktur hat und exportstark ist. Hinzu kommt, daß die politischen Rahmenbedingungen, insbesondere in der Energiepolitik und in der Ordnungspolitik richtig gesetzt sind, soweit wir das im Lande tun können. Alle diese Trümpfe Baden-Württembergs wollen wir behalten und noch verbessern.

Die **internationale Konkurrenz** wird härter. Die **Abhängigkeit** vom Öl wird zu einem bedrängenden Problem, Öl wird eine zunehmend unsichere Energiequelle. Unsere Energie- und Rohstoffbasis und die Entwicklung neuer Energieträger und Energietechnologien müssen wir immer teurer bezahlen, das können wir nicht nur mit mehr Dienstleistungen tun, sondern vor allem mit dem Export hochwertiger Produkte. Die Grenzen der Expansion auf einzelnen Märkten werden sichtbar. Die Zahl derer, die in den 80er Jahren bei uns Arbeit suchen, nimmt aufgrund der Bevölkerungsentwicklung erheblich zu. Die finanziellen Möglichkeiten des Staates zur Bewältigung dieser Probleme können dagegen kaum mehr wachsen. Dies zusammengenommen bedeutet, den wirtschaftlichen Fortschritt unseres Landes zu fördern, wo es nur geht. **Wir wollen wirtschaftliches Wachstum – nicht als Selbstzweck**, sondern als Voraussetzung und Mittel der materiellen Bedürfnisbefriedigung. Wirtschaftlicher Fortschritt heißt aber vor allem **technischer Fortschritt, sichere Energie und struktureller Fortschritt**.

##### a) Förderung des technischen Fortschritts

Die CDU wird ein **Programm zur Förderung der Technologie** vorlegen, das drei Komponenten enthalten wird:

- In Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und bezogen auf die Wirtschaftsstruktur des Landes sollen eigene **Projekte der Grundlagenforschung** und der **anwendungsorientierten Großforschung** finanziert werden. Allgemein muß die **Forschungskapazität der Universitäten** verbessert werden.
- Eine zweite Komponente besteht darin, vielversprechende aber **finanziell risikoreiche Neuentwicklungen** einzelner Unternehmen gezielt zu unterstützen, sofern der Nutzen der Innovation im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse liegt.
- Die bisherige Technologieförderung wird insoweit verändert, als sie **stärker regionalisiert** wird und insbesondere auch den **Kenntnisstand über bereits vorhandene Technologien** bei den Unternehmen verbessern hilft.
- Zur angemessenen Förderung der Technologie gehört aber auch, die neuen Entwicklungen in unserem Lande für den Bürger aufzuschließen. Deshalb werden wir eine **Forschungs- und Demonstrationsstelle für Technologie** einrichten, in der nicht nur auf dem Gebiet der **Bewertung technologischer Entwicklungen** gearbeitet wird, sondern auch der Bürger den **Umgang mit moderner Technologie** kennenlernen soll. Diese Einrichtung soll die Arbeit des Technischen Landesmuseums ergänzen.

##### b) Für eine sichere Energieversorgung

- Die Abhängigkeit vom Öl müssen wir senken und den Eintritt in das „**Nachzeitalter**“ vorbereiten. **Die Grundlagen unserer Energiepolitik beruhen auf einer klaren Konzeption, die die Landesregierung mit ihren Energieprogramm von 1975 und seiner Fortschreibung ab Anfang 1980 formuliert hat. Dieses Energieprogramm wollen wir umsetzen.** Das heißt z. B.: Im Ausbau des Fernwärme- und Erdgasnetzes unternehmen wir weiter besondere Anstrengungen. Wir werden wie bisher bei der Stromerzeugung auch auf **Kohle** setzen, wobei es auch hier nicht zu übersehende Umweltprobleme gibt.
- Wir werden alles Erforderliche tun, um den **Bau der Kernkraftwerke Neckarwestheim II, Phillipsburg II** und – im Falle entsprechender Gerichtsentscheidungen – den Bau des Kernkraftwerks **in Whyll zu ermöglichen**. Wir halten dabei insbesondere in diesem Bereich eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Planung für dringend erforderlich. Wir unterstützen den Bund in den ihm obliegenden Aufgaben der Wiederaufbereitung und der Entsorgung von atomaren Abfällen. Auf **Sicherheit und Umweltverträglichkeit der Kraftwerke** legen wir den größten Wert.
- Wir führen unser im Herbst 1979 fortgeschriebenes **Energiesparprogramm** fort, mit ihm werden wir die **rationelle Energieverwendung** fördern, und wir werden schon wie bisher auch **neue Energiequellen** tatkräftig sichern.

##### c) Neue Schwerpunkte bei der Arbeitsmarktpolitik

Die CDU Baden-Württemberg will das in ihren Kräften stehende tun, um den Arbeitsmarkt der Zukunft im Interesse der Arbeitnehmer und der Wirtschaft auf die zukünftigen Entwicklungen einzustellen. Dies heißt konkret:

**Dem Trend einer übersteigerten Orientierung am Abitur wollen wir entgegenwirken** durch einen weiteren Ausbau attraktiver **Alternativen** der qualifizierten beruflichen Bildung und durch verbesserte **Informationen** über die Entwicklungen am Arbeitsmarkt für Akademiker. Der Ausblick auf die günstigen Zukunftschancen, die mit einer praxisorientierten Ausbildung verbunden sind, soll dazu beitragen, daß die Studienanfängerquoten nicht noch weitersteigen. Wir setzen bei der Berufsbildung auf die Partnerschaft von Schule und Wirtschaft (**das „duale System“**), weil sie Praxisnähe und hohes Niveau gewährleistet.

**Die berufliche Fortbildung wollen wir zu einem neuen Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik machen. Die drohende Facharbeiterlücke müssen wir abwenden.** Die Entwicklungen bei Technologie und Export haben neue Anforderungen und Chancen am Arbeitsmarkt zur Folge.

#### **d) Weiterentwicklung der mittelständischen Wirtschaft, des ländlichen Raums und der Verkehrspolitik**

– Unsere bisherige **Mittelstandsförderung**, insbesondere die Maßnahmen zugunsten von mehr **Selbständigkeit**, führen wir fort. Eine neue Komponente dieser Politik wird es sein, die dafür vorgesehenen Mittel insbesondere **in die strukturschwachen Räume** unseres Landes umzuschichten.

Um unsere internationalen Absatzchancen weiter zu verbessern, wollen wir z. B. in Zusammenarbeit mit dem Landesgewerbeamt und den Industrie- und Handelskammern **Informations- und Kontaktbüros für wichtige Partnerländer** schaffen, die besonders der mittelständischen Wirtschaft dienen. Was immer eine CDU-Landesregierung international tun kann, um die Chancen unserer Wirtschaft zu verbessern, sie wird es tun.

– Wir setzen unsere Politik einer **ausgewogenen Entwicklung der Infrastruktur aller Landesteile** fort. Der technische Fortschritt in der Wirtschaft wird bei uns nicht zu einer räumlichen Konzentration der Standorte von Betrieben führen.

– In der **Verkehrspolitik**, die eine wesentliche Voraussetzung ist, um Standorte zu dezentralisieren, werden wir nach **vernünftigen Kompromissen** suchen – sowohl bezüglich der Trassenfragen als auch bei der umweltfreundlichen Ausgestaltung der Verkehrsanlagen. Wir konzentrieren uns auf einige **unerläßliche Netzergänzungen**, die Verbesserung der **Verkehrssicherheit** und die Ortsumgehungen. Wir werden weiterhin die Stilllegung von **Bahnstrecken** verhindern und den **öffentlichen Nahverkehr** im Verdichtungsraum wie im ländlichen Raum nach gleichen Maßstäben und mit gleichem Nachdruck unterstützen. Wir verlangen vom Bund eine **Bundesfernstraßenplanung**, die wie der vorhersehbar wird und sich an sachlichen Gesichtspunkten ausrichtet.

#### **e) Verbesserung der staatlichen Rahmendaten**

– Es ist unser Ziel in der staatlichen Haushaltspolitik: Die Summe der Neuverschuldung muß mittelfristig abgebaut werden. Es darf im übrigen nicht überse-

hen werden, daß die bisherige Kreditaufnahme des Landes Baden-Württemberg in etwa so hoch liegt, wie die finanziellen Leistungen des Landes an andere Bundesländer im Rahmen des Länderfinanzausgleichs. Der öffentliche Korridor muß wieder verringert werden. **Den Personalkostenanteil frieren wir auf dem gegenwärtigen Stand ein. Der öffentliche Dienst ist kein Arbeitsmarktinstrument.**

– Wir werden im Bundesrat und in allen politischen Erklärungen eindeutig den Kurs der Sozialen Marktwirtschaft fahren – gegen jede Form des Sozialismus. **Von Wirtschaftspolitik verstehen wir mehr.** Wir werden alles verhindern, was die Kritiker unserer marktwirtschaftlichen Ordnung unter Täuschung und gegen den Willen unserer Bürger anrichten wollen. Die CDU bleibt der Garant für eine freiheitliche und erfolgreiche Wirtschaftspolitik.

#### **f) Eingliederung der Vertriebenen und Aussiedler**

Wir werden die Eingliederung der Vertriebenen und Aussiedler fortsetzen und die Pflege ihrer heimatlichen kulturellen Werte fördern, in der Verwaltung, im politischen Leben und in den Grundfragen unseres Volkes ihr Engagement und ihre Sachkunde nützen.

## **2. Wir schaffen eine menschengerechte Umwelt**

Der Ausbau unseres Landes mit Einrichtungen der öffentlichen und privaten Versorgung und Verwaltung ist sehr weit gediehen. Auch bei Wohnungen und Betrieben haben wir einen hohen quantitativen Stand erreicht, Städte und Dörfer sind weiter gewachsen. Der Auf- und Ausbau unseres Landes ist auf vielen Gebieten so weit vorangekommen, **daß wir heute unser Augenmerk mehr auf die Qualität, denn auf die Quantität richten können.** Es gelten die Grundsätze „**Ausbau vor Neubau**“ und „**Erneuerung statt Abriß**“. Dies ist auch besonders im Hinblick auf den Landschaftsverbrauch wichtig.

Wir müssen uns auch fragen, was geschieht in all den Einrichtungen, die wir geschaffen haben? **Sind sie von menschlichem Maß? Haben sie eine humane Zielsetzung?** Mit dem mittelfristigen Stadt- und Dorferneuerungsprogramm haben wir beispielsweise einen Schritt getan, um unserer bewohnten Umwelt wieder ihr unverwechselbares Aussehen und hohe Wohnqualität zu geben.

Darüber hinaus stellt sich uns immer drängender die Aufgabe, das **natürliche Gesicht und die natürlichen Grundlagen unseres Landes zu erhalten.** Die CDU wird auch weiterhin die Fehler einer unmenschlichen Modernität vermeiden und nicht gedankenlos mit dem umgehen, was uns überliefert ist. Wir wollen vielmehr **eine Heimat, die über eine gesunde Natur und eine reiche Kultur verfügt.** Der Umweltschutz ist eine zu wichtige Sache, als daß man ihn grünen Grüppchen überlassen könnte, die bestenfalls teilweise gute Absichten vorzuweisen haben. Wo Umweltschutz **gemacht** wird, da ist die CDU nötig.

**Die Probleme unserer Bürger** sind heute vor allem Probleme der eigenen Orientierung, der vermißten und der verhinderten Mitmenschlichkeit und der persönlichen Entfaltung. Es **sind individuelle, geistige Probleme**. Die Politik kann darauf nur beschränkt antworten. Wir wissen aber, daß unser Land nur dann seinen Beitrag leisten kann, wenn es eine Politik von **Freiheit und Verantwortung betreibt, statt eine Politik der kollektiven Zwangsbeglückung** etwa nach schwedischem Muster. Genau eine solche Politik, wie sie in Ansätzen auch von der Bundesregierung der letzten 10 Jahre verfolgt worden ist, hat die Probleme erst gebracht. Wir werden uns überall für die kleinen, überschaubaren Einheiten, die Eigenverantwortung und Subsidiarität einsetzen. Wir wollen **Freiheit, und nicht Bindungslosigkeit – wir wollen Lösungen und nicht nur Konflikte – wir wollen Partnerschaft und keinen Klassenkampf**.

#### a) Mehr Menschlichkeit

– Wir führen unsere Politik der **Pädagogisierung unserer Schulen** mit Engagement fort. Früher als andere haben wir erkannt, daß es nicht nur um die Vermittlung von Wissen, sondern auch um den **Mut zur Erziehung** geht, daß Bildung **alle Seiten der jungen Menschen fördern** soll und daß ein gegliedertes Schulwesen allen Fähigkeiten der je verschiedenen jungen Menschen individuell entsprechen soll. Deshalb auch sind wir für die **Stärkung des musischen und sportlichen Bereichs**.

– **Die Gesamtschule als Regelschule, auch als alternative Regelschule, lehnen wir ab**, weil sie den Einzelnen einer Ideologie der Gleichmacherei unterordnet und weil sie anstelle der überschaubaren Schule die zentralisierte Mammutschule setzt.

– Weil sie sich im Erziehungs- und Leistungsbereich nicht als ein dem reformierten gegliederten Schulsystem gegenüber gleichwertiges Schulsystem erwiesen hat,

– weil sie sich erst noch in der Phase des Modellversuchs und der Konsolidierung befindet

– und weil die auf Bund-Länder-Ebene vorgesehene Auswertung des Gesamtschulexperimentalprogramms noch nicht abgeschlossen ist.

**Wir treten dagegen für die wohnortnahe Schule und für die volle Unterrichtsversorgung auch an den kleinen Schulen ein**. Die von uns berufene Kommission „Anwalt des Kindes“ hat wichtige Impulse zur menschlichen Gestaltung unseres Schulwesens gegeben.

– Eine von der CDU geführte Landesregierung wird zusammen mit allen, die in unserem Lande für **Krankenhäuser und Heime** verantwortlich sind, die Konzepte weiterentwickeln, um die inneren Verhältnisse dieser Einrichtungen noch mehr **auf den hilfsbedürftigen Menschen abzustellen**.

– Die CDU wird Maßnahmen der Gewerkschaften und der Unternehmen zur **Humanisierung der Arbeitswelt** unterstützen. Wir werden insbesondere mo-

dellhafte Leistungen auf diesem Gebiet anregen, fördern und publizieren, sowie neue Maßnahmen erforschen und erproben lassen.

#### b) Schutz der Umwelt

– Wir wollen ein „**Drittes Mittelfristiges Umweltschutzprogramm**“, um unsere bewährte und erfolgreiche Politik fortzusetzen. Einen Schwerpunkt legen wir auf eine **leistungsfähige Umweltschutzverwaltung**, die die bestehenden Gesetze auch verwirklichen kann.

– Die CDU wird **spezielle Leistungen** des Landes für solche Bürger vorsehen, die **durch öffentliche Großprojekte besondere Lasten zu tragen haben**. Damit wollen wir nicht nur solche in unserer Zivilisation nötigen Projekte leichter realisieren, sondern auch insbesondere ihre Störungen für die Umwelt und die Nachbarn herabsetzen bzw. erträglich gestalten.

– Neben zusätzlichen Maßnahmen gegen den **Verkehrslärm** sehen wir es als eine besondere Aufgabe an, die **Abfallbeseitigung und die Abfallverwertung** so zu ordnen, daß künftig weniger neue Rohstoffe verbraucht werden müssen. Das Land, die Kommunen und die Wirtschaft müssen auf diesem Gebiet zusammenarbeiten, um die heute schon beachtliche Stellung Baden-Württembergs auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft erheblich auszubauen. **Abfallverwertung ist eine der wenigen Rohstoffquellen** unseres Landes.

#### c) Neue soziale Aufgaben

– **Die Schwerpunkte unserer bisherigen Sozialpolitik führen** wir fort: Die Familienpolitik, die sozialen Hilfen (Sozialstationen, offene Altenhilfe, Behindertenhilfe), die Krankenhausplanung, die Stadt- und Dorferneuerung. Hier haben wir in den vergangenen Jahren nachhaltige Akzente gesetzt, die auch in der Zukunft ihre Berechtigung haben und uns leiten werden. In der **Wohnungsbauförderung** wollen wir noch mehr als bisher **Familien und älteren Menschen** helfen. **Mehr noch als bisher** wollen wir auch unserer Verantwortung gegenüber **den Aussiedlern gerecht werden**. Wer als Deutscher seine angestammte Heimat aufgegeben hat, um bei uns zu sein, dem sind wir alle Hilfe schuldig.

– Mit Betroffenheit verfolgen wir den zunehmenden **Drogenmißbrauch**. Zur Lösung des Problems gibt es keine Patentrezepte. Notwendig ist die massive Bekämpfung des Drogenhandels aber auch der weitere Ausbau der Drogenberatung und der Behandlung Drogenkranker. Wir sind **offen für jede erfolgversprechende Lösung** und versichern, daß die CDU alles sinnvolle unterstützen wird, um dieses Problem zu lösen.

– Die volle Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau ist Ziel der CDU. Arbeitslosigkeit darf nicht zu einer „Domäne“ der Frauen werden. Die gerechte Würdigung der Leistungen der Hausfrauen und Mütter als Berufstätigkeit muß durch die Anerkennung für die Alterssicherung der Frau erreicht werden. Wir werden uns dafür in Bonn einsetzen.

– Frauen in Not brauchen unseren besonderen Schutz. Nur durch das Angebot von Hilfen wird es auch möglich sein, den Kampf gegen die „Abtreibung aus sozialen Gründen“ erfolgreich zu führen. Sie ist eines wohlhabenden Landes unwürdig.

– Diese Aufgeschlossenheit für neue Lösungen bringen wir auch allen **Formen der Jugendarbeit** entgegen, die unsere Jugend den **Schritt in ihr eigenes Leben und in unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung** ermöglicht. Beim künftigen **Jugendhilferecht** muß das Elternrecht und die Elternverantwortung gestärkt und nicht geschwächt werden. Der Vorrang der freien Träger der Jugendhilfe ist zu sichern. Wir glauben, daß Jugendarbeit nicht auf Kosten der Eltern geleistet werden kann.

– Wir werden weiterhin alles tun, **um das Bewußtsein für Heimat und Geschichte, für Kunst und Kultur zu fördern**. Dazu rechnen wir die Denkmalpflege, den Ausbau der Museen, die intensive **Unterstützung der Vereine**, die Förderung von landesbezogenen Ausstellungen und Festen. **Die CDU ist die „Baden-Württemberg-Partei“.**

### 3. Wir wollen mehr Freiheit und weniger Kollektivismus

Die großen Entwicklungslinien der letzten Jahrzehnte zeigen, daß wir die Freiheit verlieren, wenn wir nicht aktiv für sie eintreten. **Wir wollen den handlungsfähigen aber begrenzten Staat, nicht einen schwächlichen und uferlosen.** Immer mehr möchten die Sozialisten dem Staat anvertrauen, doch die Union vertraut noch immer mehr dem Bürger.

**Der Staat soll sich auf die Aufgaben konzentrieren, die der Einzelne oder auch die Gesellschaft aus eigener Kraft nicht bewältigen können.** Deshalb stärken wir die Familien, die freien Träger der Wohlfahrtspflege, die Vereine. **Diese Hilfe zur Selbsthilfe ist menschlicher, kreativer, billiger und sie ist freiheitlicher.**

Der Staat soll dem Bürger gegenüber wieder **dienstbarer** werden, wo er ihn verwaltet, **zurückhaltender**, wo er in gesellschaftliche Entwicklungen eingreift und **entschlossener**, wo er das Gemeinwohl zu sichern hat. **Bürgernähe** ist zum Markenzeichen unserer Politik geworden, das von vielen übernommen worden ist. Wir werden sie auch künftig mit Leben füllen.

Für mehr Freiheit und weniger Kollektivismus einzutreten bedeutet, für die Union und gegen die Linkskoalition zu sein. Baden-Württemberg hat eine wichtige Rolle im Bund zu spielen. Nicht auszudenken, welche Richtung die gesellschaftspolitische Entwicklung genommen hätte, wenn unser Land von SPD und FDP regiert worden wäre! **Wir haben eine Haltefunktion in Bonn – ohne uns könnten Dämme gegen den Kollektivismus brechen** und es würde „tiefgeplügt“ in Deutschland, wie Herbert Wehner es für den Fall einer SPD-Mehrheit angekündigt hat. Wir werden weiterhin demonstrieren, daß nur ein freiheitlich regiertes Land ein lebenswertes und ein liebenswertes Land ist.

#### a) Freiheit und Sicherheit

– Wir verwirklichen den **Sicherheitsplan II** der CDU-Landesregierung, mit dem unser Polizeiwesen auf den neuesten Stand gebracht wird und unsere Justiz instandgesetzt wird, kriminelle Handlungen zügig zu bearbeiten und abzuurteilen. Die **vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung** wollen wir besonders ausbauen. In Fragen der **Inneren Sicherheit wird es bei der CDU keine modische Anpassung** geben. Wir orientieren uns nicht am Beifall von der falschen Seite.

– Wir halten den Staatsdienst wie bisher von **Extremisten** jeglicher Richtung frei. **Unverzichtbar** ist für uns: Die Prüfung **aller Bewerber** für den öffentlichen Dienst, wobei die **Mitgliedschaft** in einer extremistischen Organisation **Zweifel an der Eignung** als Beamter begründet. Die staatlichen Sicherheitsorgane werden in der CDU stets einen rechtsstaatlich handelnden Partner haben.

#### b) Weniger Staat

– Uns macht die ständige Zunahme der Staatstätigkeiten und -zuständigkeiten Sorge. Wir zweifeln, ob alles, was hier im Laufe von Jahrzehnten gewachsen ist, heute wirklich noch nötig und sinnvoll ist. **Eine CDU-geführte Landesregierung wird deshalb dafür sorgen, daß ihr Handeln in konkreten Teilbereichen der Politik auf seine Effizienz hin kontrolliert wird.** Diese Effizienzkontrolle wird sich an den politischen Zielen der jeweiligen Maßnahmen orientieren und empfehlenden Charakter haben.

– Wir werden unsere Arbeit fortsetzen, **Normen zu prüfen und abzubauen** und das Verfahren, neue Normen zu schaffen, auf Verbesserungsmöglichkeiten hin untersuchen. **Neue Normen müssen in Zukunft sorgfältiger und selbstkritischer** vorbereitet werden. Die Arbeit zur **Verbesserung der Bürgernähe in der Verwaltung wird fortgeführt**, um ihre Erfolge zu sichern.

– **Wir werden das Netz an Planungen und Programmen so locker als möglich knüpfen.** Die Grundlinien einer freiheitlichen und dezentralen Landesentwicklung haben wir bereits festgelegt. Unser **Bekenntnis zum ländlichen Raum** wird auch in Zukunft kein Lippenbekenntnis bleiben. Wir sind nicht planungsgläubig, sondern vertrauen dem guten Ergebnis des Handelns unserer Bürger, der Kommunen und der übrigen öffentlichen Einrichtungen. **Vertrauen in die Verantwortung** zu setzen, d. h., für uns, mehr noch als bisher – z. B. im Hochschulbereich – **überflüssige Kontrolle abzubauen**, zu dezentralisieren und, wo immer es geht, Aufgaben zu privatisieren. Wir werden die **Privatisierung landeseigener Wohnungen fortsetzen**. Wir werden insbesondere einen **Wettbewerb veranstalten, um konkrete praktikable Privatisierungsmöglichkeiten herauszufinden, die wir dann umsetzen wollen.**

#### c) Freiheit gegen Zentralismus

– **Unsere Politik der Steuerentlastung verfolgen wir konsequent weiter.** Es geht nicht an, daß der Staat durch Inflation und Steuerprogression heimlich immer mehr einnimmt, um dann alle paar Jahre unter großem Propagandaauf-

wand sich gönnerhaft herbeizulassen, die notwendigen Korrekturen vorzunehmen. Es wird keine Ruhe an der Steuerfront geben. Die CDU ist die Partei der **steuerlichen Entlastung und der Leistungsgerechtigkeit**. Die Steuerpolitik ist für uns vor allem ein Mittel zur Staatsfinanzierung und kein Mittel der Gesellschaftsveränderung.

– **Wir verteidigen den Föderalismus**, wo immer er vom Bund her angegriffen wird. Wir wollen **Licht in das Dunkel der Grauzone zahlloser Bund-Länder-Gremien** bringen und zu Vereinfachungen kommen. Das Profil und die **Verantwortlichkeit der Länder** muß klar hervortreten. Wir stehen **im Bundesrat auf Wacht**, um in den großen Fragen der Bundespolitik zu gewährleisten, daß freiheitliche Lösungen zum Zuge kommen.

– Das Mischfinanzierungssystem über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sollte aufgelöst werden. Die dabei freierwerbenden Bundesmittel müssen den Ländern in voller Höhe zufließen. Den momentan in Baden-Württemberg nach der Gemeinschaftsaufgabe geförderten Gebieten sollen durch die Systemänderung keine Fördermittel verloren gehen; eine entsprechende Berücksichtigung im Landesprogramm ist sicherzustellen.

– Eine von der CDU geführte Landesregierung wird auch künftig über den Bundesrat darauf hinwirken, **daß der Bund**, statt immer mehr in die Länder hineinzuregieren und gesellschaftspolitische Umwälzungen einzuleiten, **sich auf seine eigentlichen Aufgaben besinnt und die Sicherheit sowie die nationalen wirtschaftlichen und politischen Interessen Deutschlands** einschließlich der gesamtdeutschen Verantwortung wahrt.

– Wir wollen mehr **Freiheit und Pluralismus in den Funkmedien**, ohne daß wir Probleme, die mit diesen Medien z. B. im Hinblick auf die Familie bekanntlich einhergehen, vermehren möchten. **Das Kabelfernsehen prüfen wir mit aller Vorsicht**. Eine Garantie und **Ausweitung der öffentlich-rechtlichen Monopolstrukturen kann es aber für eine freiheitliche Partei nicht geben**.

#### 4. Unsere Grundüberzeugungen

Die CDU Baden-Württemberg wird im übrigen ihre bewährte Politik fortsetzen. Diese Wahlplattform soll dem Bürger eine Richtschnur dafür sein, **was die CDU an Neuem bringen will**. Hinter diesen konkreten politischen Vorhaben stehen politische Grundüberzeugungen. Aus ihnen heraus werden wir auch die uns heute noch unbekannteren Probleme und Aufgaben lösen:

Die CDU Baden-Württemberg anerkennt die **Grenzen des Machbaren**, die Grenzen des **wirtschaftlich** zu Lösenden, die Grenzen **ihres eigenen Vermögens** und die **Grenzen der Politik** im freiheitlichen Gemeinwesen. So unvollkommen wir sind und in der Politik sein müssen, so sehr brauchen wir die Ergänzung durch verbindliche, gelebte und geförderte **Grundwerte** und durch intakte gesellschaftliche **Einrichtungen**.

**Zu den Grundwerten und Tugenden**, ohne die Menschen nicht glücklich und Ordnungen nicht lebensfähig werden können, rechnen wir Freiheit und Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft, Pflichterfüllung und opferbereite Nächstenliebe, Wahrhaftigkeit und gegenseitiges Vertrauen, die Fähigkeit zum Kompromiß, zur Partnerschaft und zur praktischen Mitverantwortung, den Mut, Fehlentwicklungen entgegenzutreten und unsere Gesellschaftsordnung gegen ungerechtfertigte Angriffe zu verteidigen.

**Eine neue Geisteshaltung ist von uns gefordert**: Endlich der Dauerkritik, der Wehleidigkeit, dem Krisengerede und dem Pessimismus mit einer lebensbejahenden Einstellung und einer Bereitschaft zur praktischen Verbesserung entgegenzutreten. **Glück ist für uns politisch nicht machbar. Aber gerade weil wir das wissen, versprechen wir dem Bürger keine Utopien und wir enttäuschen ihn nicht**.

So sehr wir die zunehmenden persönlichen Schwierigkeiten des heutigen Menschen nicht lösen können, so sehr brauchen wir **gesellschaftliche Einrichtungen**, die das leisten, was die Politik nicht leisten kann:

Die **Familien** und die **Kirchen** sind hier an erster Stelle zu nennen, aber auch die kleinen überschaubaren Einheiten in den **Vereinen** oder der **kommunalen Selbstverwaltung**. Hier werden Werte gelebt und erfahren. Die **Privatinitiative** in Wohlfahrtsverbänden, kommunalen Bürgeraktionen, der Nachbarschaftshilfe und das Engagement des Bürgers im Bereich von Natur, Kultur, Heimat und Geschichte ist unersetzlich. **Wir wissen, daß viele unserer Mitbürger hier ihren Beitrag zum Gemeinwohl leisten** und wir erwarten von allen bedeutenden gesellschaftlichen Kräften, besonders den **Verbänden und den Medien, daß sie ihrer Mitverantwortung gerecht werden**.

Die politische Voraussetzung für all dies ist aber die Freiheit. **Die Freiheit ist jenes Ziel, das die Erfüllung aller anderen Ziele erst möglich macht**. Freiheit im **Staat** als Voraussetzung der Demokratie – Freiheit in der **Wirtschaft** als Voraussetzung sozialer Gerechtigkeit, Freiheit in der **Gesellschaft** als Voraussetzung für Leistung und persönliche Verantwortung. Deswegen versteht sich die CDU als eine Partei der Vielfalt, des Wettbewerbs, der Selbständigkeit, der überschaubaren Verantwortlichkeiten – sie versteht sich als die **Partei der sittlich gebundenen Freiheit**.

## IV. Der Aufruf

Wir rufen unsere Mitbürger im Lande auf, der CDU die Treue zu halten. Heute geht es uns besser als 1976. Wer uns damals gewählt hat, der kann dies mit noch größerer Berechtigung 1980 tun. **Nun werden die Weichen gestellt für die achtziger Jahre. Wird es ein Jahrzehnt der stetigen und soliden, der freiheitlichen und erfolgreichen Fortentwicklung unseres Landes sein?**

Dies liegt, liebe Mitbürger, in Ihrer Hand. Der Sozialismus ist noch keinem Land gut bekommen, derjenige von Herrn Eppler nicht einmal seiner eigenen Partei. Die FDP tat so, als sei sie frei. Dabei will sie nur Wählerstimmen erobern. Sie hat damit ihre Seriosität und Substanz verloren. Wer die FDP wählt, der wählt eine Partei, die ihre Koalitionsträume mit der SPD noch nicht einmal mehr auszusprechen wagt.

Es bleibt die CDU. Sie hat sich bewährt. Sie hat Ihre Stimme verdient. Diese, Ihre Stimme brauchen wir, um geradlinig und kraftvoll weiterregieren zu können. Nur für uns zu sein, das genügt nicht. **Wer uns will, der muß uns wählen.**

**Aus Liebe zum Land**  
**CDU**